Sozialimperialisten in Nahost Seite 5

C 21246 D

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 41 vom 20. Oktober 1973 7. Jahrgang 50 Pfennig

Streiks in Nordbaden/Nordwürttemberg

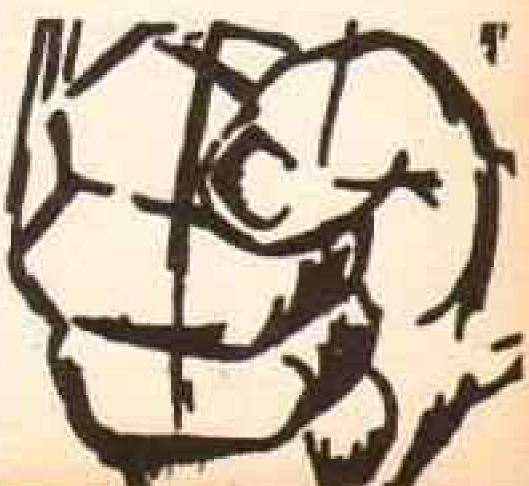
Der IGM-Führung nicht vertrauen!

In der Urabstimmung vom 10. Oktober haben sich 88,8% der Kolleginnen und Kollegen in Nordbaden/Nordwürttemberg für den Streik ausgesprochen. Sie wollen durch Verbesserungen im Lohnrahmentarif bessere Arbeitsbedingungen erreichen und der sich ständig steigernden Ausbeutung durch die Kapitalisten eine entschiedene Kampffront entgegensetzen. Das Ergebnis der Urabstimmung zeigt die starke Geschlossenheit der Arbeiterklasse im ökonomischen Kampf gegen den Klassenfeind, der auch diesmal nicht bereit ist, kampflos auch nur die geringsten Zugeständnisse zu machen.

Die Kampfentschlossenheit der Kolleginnen und Kollegen hat schon vor dem auf den 16. Oktober angesetzten Streik einen ersten Erfolg erzielt: Die Kapitalisten erklärten sich unter dem Druck des einhelligen Ergebnisses der Urabstimmung plötzlich wieder zu Verhandlungen bereit. Zugleich äußerten sie die Erwartung, die IGM-Führung würde ihnen bei den Verhandlungen "entgegenkommen." Genau da liegt die Gefahr.

Die IGM-Führung ist keine Vertretung der Arbeiterklasse, sondern ein Ordnungsfaktor im Staat, der im Komplott mit den Kapitalisten das Tarifmonopol ausübt und gegen die Arbeiterklasse anwendet. Sie wird den Kapitalisten "entgegenkommen" und ein Kompromiß anstreben, von dem sie annimmt, daß sich die Kollegen damit zufrieden geben. Eine Hilfe bei der Verwirklichung dieser Absicht wird das neue Schlichtungsverfahren sein, das jederzeit sowohl Verhandlungen als auch Schlichtung zuläßt und die Möglichkeit eröffnet, durch ständigen Wechsel beider (Aussetzung der Schlichtung) Entscheidungen möglichst lang hinauszuschieben, um bei passender Gelegenheit einen Abschluß gegen die Kollegen zu tätigen. Auf die gleiche Weise dient das neue Schlichtungsverfahren der Hinauszögerung von Urabstimmungen. Von diesen neuen Möglichkeiten wird die IGM-Führung Gebrauch machen und die aufgestellten Forderungen hintertreiben. **Bei der letzten noch nach dem alten Verfahren durchgeführten Schlichtung ist sie bereits von den ursprünglichen Forderungen heruntergegangen: Von 140% Garantielohn für Akkordarbeiter auf 130%, von 6 Minuten Pause auf 5 bis 6, von Kündigungsschutz und Verdienstabsicherung ab 50 Jahren auf Kündigungsschutz ab 53 und Verdienstabsicherung ab 55 Jahren;**
Sie wird sich nicht scheuen, noch weiter zurückzustecken.

Dagegen hilft nur das Bestehen der Arbeiterklasse auf der Erfüllung ihrer gerechten Forderungen und die Zurückweisung jeglicher Kompromisse nicht nur in der Urabstimmung. **Das heißt, die Erfüllung der Forderungen gegen die IGM-Führung ,im Kampf Klasse gegen Klasse, in die eigene Hand zu nehmen und den Tariffrieden zu brechen.**



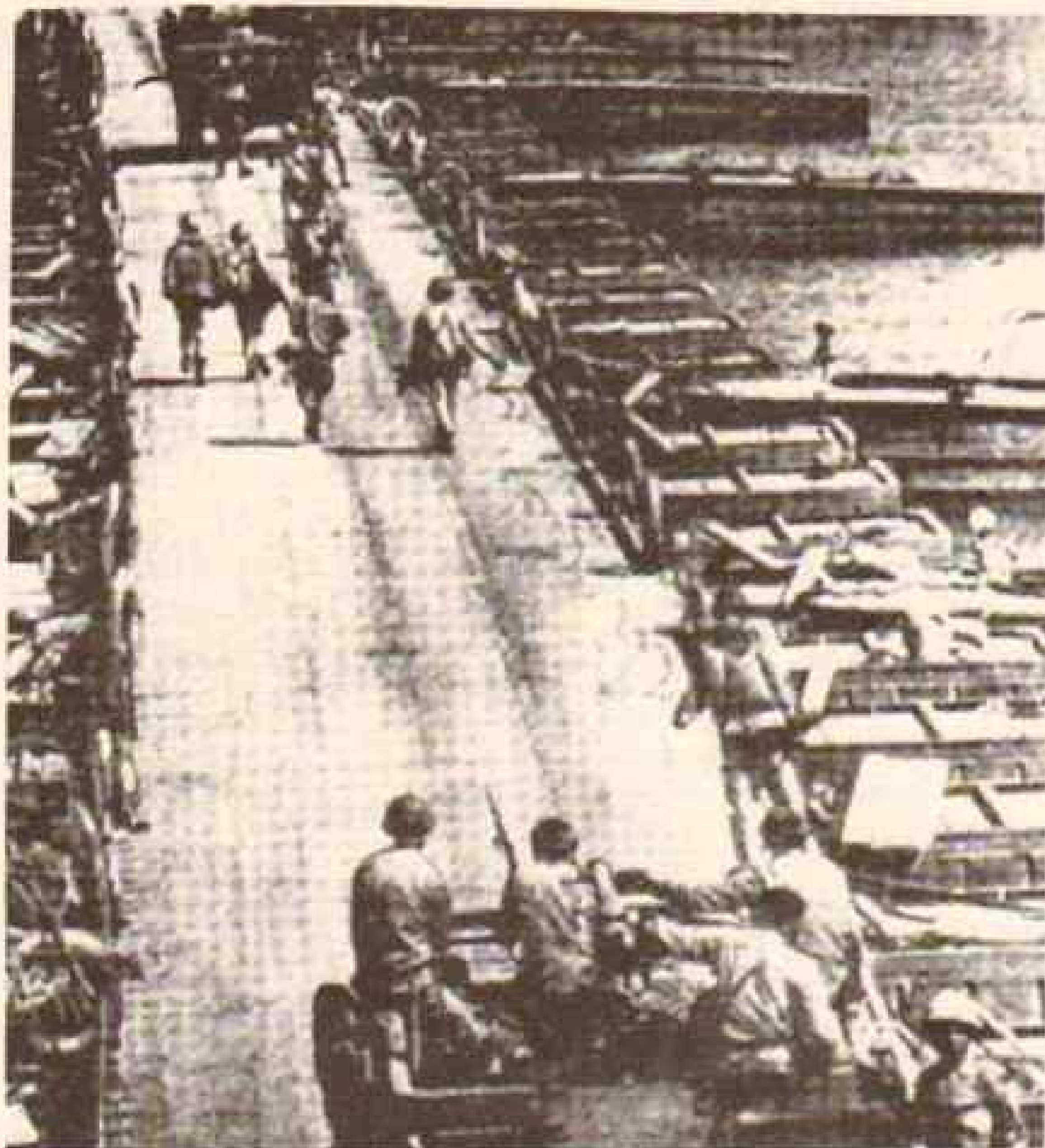
Israelische Aggressoren stecken erste Niederlagen ein!

Seit einer Woche führen Ägypten und Syrien gemeinsam den Kampf gegen die israelischen Zionisten, die seit 1967 weite Gebiete Syriens, Ägyptens und Jordaniens besetzt halten. Dieser Krieg wird von Seiten der arabischen Völker mit dem Ziel geführt, die besetzten Gebiete zu befreien.

Die bürgerliche Presse schreit unentwegt, Israel sei ein kleines Land, das von allen Seiten bedrängt sei, das man unterstützen müsse. Tatsächlich aber ist es Israel, das seit seiner Gründung Aggressionen gegen die arabischen Völker verübt hat (siehe Seite 2). Seit der Gründung Israels haben die US-Imperialisten hinter den Zionisten gestanden, sie wirtschaftlich gefördert und militärisch ausgerüstet, um Israel als Brückenkopf für ihre Ölinteressen und militärischen Vorhaben im Nahen Osten zu benutzen.

Sonntag, 14.Oktober. Der Militärbericht Nr.38 aus Kairo berichtet, daß es an der Westfront, auf der Halbinsel Sinai, den ägyptischen Truppen gelungen ist, auf der ganzen Linie über 10 km vorzurücken und den Feind ostwärts ins Landesinnere zurückzuschlagen. Über 150 feindliche Panzer wurden dabei zerstört. **Damit haben die ägyptischen Truppen insgesamt bereits einen Streifen von 25 km Breite zurückerobert.**
Morgens um 7.30 Uhr konnten bei einem Luftangriff der israelischen Luftwaffe 2 feindliche Flugzeuge abgeschossen werden. Ebenso wurden von den arabischen Küstenwache 2 angreifende Boote der israelischen Flotte versenkt.

Unterstützt von den arabischen Ländern ist es Ägypten und Syrien gelungen, den israelischen Zionisten schwere Schläge zu versetzen. Noch vor kurzem tönte der israelische General Scharon: "Israel ist eine militärische Supermacht... Alle Armeen Europas sind schwächer als wir. Wir könnten das Gebiet von Khartum bis Bagdad und Algerien in einer Woche erobern." Heute aber sind sie bereits genötigt, ihre Niederlagen an den Fronten durch kleine abenteuerliche Offensiven und lügnerische Berichtkampagnen, in denen sie sich selbst ständig widersprechen, zu überdecken.



Ägyptische Truppen überqueren den Suez-Kanal

Siege in Syrien verkünden, müssen sie am nächsten Tag bereits dementieren, ihre Propagandalügen abschwächen – denn tatsächlich stehen ihre Verbände auf den Golanhöhen von syrischen Truppen eingekreist.

Immer häufiger gehen die israelischen Aggressoren dazu über, mit Bombenterror gegen die ägyptische und syrische Zivilbevölkerung vorzugehen. **Gefangene israelische Piloten berichten, daß es ausdrücklich ihre Aufgabe war, gegen zivile Einrichtungen Angriffe zu fliegen. So wurden in Syrien Krankenhäuser aus der Luft zerstört. Zugleich sollen nach syrischen Berichten israelische Flugzeuge in bevölkertem Gebiet als Geschenke getarnte Sprenladungen abwerfen. Füllfederhalter und ähnliches, die abgeworfen wurden, explodieren, sobald sie vom Boden aufgehoben werden.**

Wenn die Zionisten glauben, mit diesen Zivilangriffen, indem sie unter der Zivilbevölkerung Angst und Schrecken säen wollen, eher zum Ziel zu gelangen – so täuschen sie sich. **Die Bevölkerung Ägyptens und Syriens wird nur um so fester zu ihrer Armee und der gerechten arabischen Sache stehen.**

Nachdem die israelischen Aggressoren an der Front bereits Niederlagen haben einstecken müssen, tritt der Hintermann der Zionisten, der US-Imperialismus, immer deutlicher auf: große Waffenlieferungen sind aus Washington anberaumt. Aus cypriotischen Gewässern sind inzwischen 6 weitere Einheiten der 6. US-Flotte unterwegs in israelische Gewässer. Zu Unterstützung liegen bereit zwei Flugzeugträger, zwei Hubschrauberträger sowie Zerstörer und Kreuzer.

In Tel Aviv hält sich eine als Touristengruppe getarnte US-Piloten-Einheit auf. Über Damaskus wurde am Sonntag von syrischer Luftabwehr eine amerikanische Maschine mit amerikanischem Piloten abgeschossen!

Im Militärbericht Nr.38 wird davon berichtet, daß zwei amerikanische Flugzeuge des Typs FR 71 A in 25 km Höhe mit einer Geschwindigkeit von 2 Mach den ägypitschen Luftraum verletzt haben. Die ägyptische Regierung hat gewarnt, daß diese Provokation schwere Folgen nach sich ziehen kann.

Dieses offene Eingreifen der US-Imperialisten zeigt, daß es der ägyptischen und syrischen Armee gelungen ist, den Mythos der Unbesiegbarkeit der israelischen Truppen zu zerbrechen.

KOMMENTAR

Wer ist der Angreifer?

Die bürgerliche Presse versucht in ihrer Berichterstattung über den Krieg im Nahen Osten auf jede erdenkliche Weise, die arabischen Staaten als Angreifer hinzustellen, die Ursachen des Nahostkonfliktes zu vertuschen und Sympathien für das angeblich überfallene Israel zu wecken. Die Tatsachen sprechen aber eine andere Sprache.



Die Ursachen für den Nahost-Konflikt liegen in der imperialistischen Politik ausländischer Mächte in Nahost, vor allem des US-Imperialismus, die sich die zionistische Ideologie, den extremen, religiösen jüdischen Nationalismus und sein Alleinanspruchsrecht auf Palästina zunutze machte.

Jahrhundertelang hatten Araber und Juden in Palästina friedlich nebeneinander gelebt, bis dem die von imperialistischen Mächten geförderte Einwanderung jüdischer Zionisten ein Ende setzte. Die zionistischen Einwanderer isolierten sich bewußt von der einheimischen arabischen Bevölkerung, wollten von einem gemeinsamen Staat aller Palästinenser, der arabischen und jüdischen, nichts wissen und strebten einen "reinen" jüdischen Staat in Palästina an. **In Verfolgung dieses Zieles vertrieben sie nach der Gründung des Staates Israel die einheimische arabische Bevölkerung aus Palästina und besiedelten die sogewonnenen Landstriche mit jüdischen Einwanderern. Das war eine faschistische Landnahme, die die Zionisten ohne Hilfe von außen nicht bewältigt hätten.**

Diese Hilfe erwiesen neben den englischen vor allem die US-Imperialisten, die massiv in den neuen Staat drängten, Unsummen von Geld investierten und bald große Teile der Wirtschaft Israels beherrschten. **Viele Israelis, auch Neueinwanderer, die sich nicht vom Zionismus hatten verblenden lassen, kämpften gegen die Abhängigkeit vom US-Imperialismus an.** Aber diese Kräfte waren zu schwach. Als die englischen zusammen mit den französischen Imperialisten im Oktober 1956 nach der Verstaatlichung des Suez-Kanals durch Nasser, Ägypten angriffen, ließen sie die israelischen Zionisten an dem Überfall teilnehmen, um die eigene Position in Israel zu stärken. Doch das führte nur dazu, daß sich die Weltöffentlichkeit einhellig gegen den Überfall stellte und die Aggressoren unter ihrem Druck die besetzten ägyptischen Gebiete räumen mußten. Diesen Druck der Weltöffentlichkeit nutzten die US-Imperialisten aus und verdrängten den englischen Imperialismus vollend aus Israel, das sie als Speerspitze für die Durchsetzung ihrer imperialistischen Ziele (Erdöl) in Nahost ausbauten. Ebenfalls unter Ausnutzung des Drucks der Weltöffentlichkeit gelang es den Sowjetrevisionisten durch wirtschaftliche und waffentechnische "Hilfe" an Syrein und Agypten Einfluß in den arabischen Staaten zu gewinnen. Über diese Hilfe sagte Präsident Sadat: **"Sie ist zu begrenzt, um uns eine offensive Politik gegen Israel zu gestatten, insbesondere seit dem Treffen Breschnews mit Nixon."** (Siehe dazu auch den Artikel aus der Peking Rundschau, Seite 5).

Nach dem durch die imperialistische Politik der US-Imperialisten und der israelischen Zionisten hervorgerufenen Sechstagekrieg vom Juni 1967 besetzten die Zionisten nicht nur ausgedehnte Gebiete Ägyptens, Syriens und Jordaniens, sondern siedelten zwangsweise Zehntausende von Arabern aus dem Gaza-Streifen am Mittelmeer und von den Golan-Höhen aus und besiedelten das Land mit israelischen Kolonisten. **So entstanden über 100 israelische Siedlungen auf den Golan-Höhen, eine Stadt in Süd-Sinai bei Sharm-el-Sheikh und verschiedene Siedlungen in Westjordanien. Die Pläne für eine weitere Stadt, Jamit, samt Tiefseehafen im Gazastreifen sind fertiggestellt. In diesen Gebieten befinden sich reiche Erdöllager, die Israel von eigenen und ausländischen, vor allem US-amerikanischen Firmen ausbeuten läßt. Schon heute kann Israel 85% seines Erdölbedarfes aus diesen Quellen decken. In die Infrastruktur dieser Gebiete wurde inzwischen eine Milliarde israelischer Pfund (ca eine Milliarde Mark) investiert.**

An dieser aggressiven Kolonisierung fremder Gebiete durch die Zionisten hat sich von jeher auch der westdeutsche Imperialismus beteiligt. Er gab dem neuen Staat in Form von "Wiedergutmachung" eine Starthilfe von vier Milliarden Mark, garantiert ihm die Abnahme verschiedener Produkte (z.B. Zitrusfrüchte), rüstete die Bundeswehr mit der israelischen Maschinenpistole UZI aus und gewährt Israel wirtschaftliche und politische Hilfestellung.

An allen diesen Tatsachen orientiert sich die korrekte Stellungnahme der sozialistischen Volksrepubliken China und Albanien zum Krieg im Nahen Osten, für den sie die beiden Supermächte, USA und die Sowjetunion, und die israelischen Zionisten verantwortlich machen.

Der Angreifer in Nahost ist von Anfang an das zionistische Israel, die Angegriffenen sind die vom sowjetischen Sozialimperialismus im entscheidenden Augenblick im Stich gelassenen arabischen Staaten. **Der israelische Eroberungskrieg gegen die arabischen Staaten ist ein ungerechter Krieg. Der Verteidigungskrieg der arabischen Staaten ist ein zutiefst gerechter Krieg.**

Minister Friderichs

Auf der Suche nach Erdöl

Vor einer Woche reiste Bundeswirtschaftsminister Friderichs nach Persien, um mit dem Schah über eine direkt nach Europa führende Pipeline, über Absprachen mit der VEBA sowie über die Verarbeitung von jährlich 25 Millionen Tonnen Rohöl zu verhandeln.

Das Interesse an diesen Verhandlungen ist auf beiden Seiten groß. In Anbetracht eines eventuellen Ölboykotts von Seiten der arabischen Länder haben die westdeutschen Imperialisten mehr denn je ein Interesse an "krisensicheren" Ölquellen. Bereits in den letzten zehn Jahren wurden "Entwicklungsgelder", Kredite und Darlehen investiert. Firmen wie AEG, BASF, Deutsche Bank, Daimler Benz, Hoechst, Henkel, Osram, Rheinstahl, Siemens — um die bekanntesten zu nennen — sind durch ihre Kredite und Darlehen, die mit Aufträgen für diese Firmen verbunden sind, zum festen Bestandteil der persischen Wirtschaft geworden.

Diese Möglichkeit, mit Kapital in ein erdölreiches Land einzudringen, hat für die westdeutschen Imperialisten besondere Bedeutung: Westdeutschland besitzt nicht wie die USA oder Sowjetunion politische Macht über Erdölgebiete. Auch in Persien besitzen die westdeutschen Imperialisten noch keine eigenen Ölgesellschaften, sondern sind an amerikanischen Gesellschaften beteiligt.

Dem Schah ist diese Kapitalanlage des westdetuschen Imperialismus durchaus recht. Er fragt nicht danach, ob westdeutsches Kapital das persische Volk ausbeutet. Vielmehr nutzt er das ausländische Kapital, um seine Stellung zu festigen und zu sichern. Dafür allein liefern die westdeutschen Imperialisten jährlich Waffen im Werte von 40 Mill. DM.

Die internationale Konkurrenz um den iranischen Markt nutzt der Schah zugleich, um Westdeutschland klarzumachen, daß es sich auch politisch für das reaktionäre Schahregime einzusetzen habe. Des öfteren hat der Schah darauf hingewiesen, daß die Tätigkeit der Cisnu in Westdeutschland sich schlecht auf die Beziehungen zwischen den beiden Ländern auswirken würde. Die Cisnu (Conföderation Iranischer Studenten — Nationale Union) organisiert in Westdeutschland die iranischen Studenten gegen das reaktionäre Schahregime und führt gemeinsam mit anderen fortschrittlichen Organisationen den Kampf gegen den Imperialismus.

"Um Ihrer selbst willen müssen Sie etwas tun," so der Schah zu Willy Brandt im März 1972, "damit die Gesetze gegen Leute eingehalten werden, die Ihren Beziehungen zu anderen Ländern schaden." Das war eindeutig. Und ebenso klar und offen antwortete Brandt: **"Wir werden in Kürze dafür sorgen, daß nicht der Eindruck entsteht, als identifiziere sich die Bundesrepublik mit Äußerungen ausländisch-iranischer Oppositioneller." Seitdem hat die Regierung des "Friedensnobelpreisträgers" ihre Anstrengungen vervielfacht, um fortschrittliche Kräfte des iranischen Volkes dem Terror der persischen Geheimpolizei SAVAK, den Henkern des Schah-Regimes auszuliefern.**

Die gegenwärtige Reise des Wirtschaftsministers Friderichs wird nicht nur ein stärkeres Eindringen in den Iran zur Folge haben, sondern ebenso ein Verschärfung des Ausweisungsterrors gegen fortschrittliche Iraner.

Aufenthaltsgenehmigung für Mehrdad Adrom

Der Kampf geht weiter

Die geplante Einlieferung des iranischen Patrioten Mehrdad Adrom ins Ausländerlager Zirndorf hat große Empörung hervorgerufen. Von überall treffen Solidaritätsadressen ein. Aus Bielefeld zum Beispiel wurde eine Protestresolution ans Bayrische Innenministerium geschickt mit 209 Unterschriften.

Mehrdad soll ausgeliefert werden an das Schahregime, das schon seine Familie zerstörte:

—Adroms Vater kämpfte bei der Revolution 1963 an der Seite des Volkes. Nachdem die US-Imperialisten den Kampf blutig niedergeschlagen und den Schah wieder eingesetzt hatten, gehörte er zu jenen 71 Offizieren, die zum Tode verurteilt wurden. "Begnadigt" zu 15 Jahren Gefängnis, kam er als kranker Mann aus der Haft zurück. Monatelang hatten ihn die Schergen des Schah gefoltert.

—Adroms Schwester wurde in ihrer Jugend von einem Trupp des SAVAK (persischer Geheimdienst) so zusammengeschlagen, daß sie schwere Gehirnverletzungen erlitt und seither in einer Heilanstalt leben muß.

—Adroms Bruder wurde 1972 bei einer Verhaftungswelle vor der 2500-Jahr-Feier eingekerkert. Nach schweren Foltern verurteilten ihn die Richter des Schah zu 3 Jahren Gefängnis

Mehrdad Adrom erwartet bei seiner Ausweisung kein anderes Schicksal. Seit 1963 lebt er in der DBR, lernte Schweißer und begann dann zu studieren. Während dieser Zeit hat Mehrdad den Kampf gegen das Schahregime geführt. Eine Zeitlang war er Vorsitzender der fortschrittlichen, antiimperialistischen Organisation 'Conföderation iranischer Studenten' in München.

1969 wird ihm die Aufenthaltsgenehmigung entzogen mit der Begründung, er habe sein Studium gewechselt. Mehrdad legt dagegen Einspruch ein. 1973 stellte er Antrag auf politisches Asyl, nachdem sein Vater seinetwegen vom SAVAK verhört worden war. Für die Dauer des Asylverfahrens steht sogar nach bürgerlichem Recht, nach Ausländergesetz und Genfer Konvention eine Aufenthaltsgenehmigung zu.

Erst ließen die Behörden monatelang überhaupt nichts von sich hören. Dann plötzlich standen Polizisten vor seiner Tür, um ihn direkt ins Lager Zirndorf zu bringen: er sei ein Sicherheitsrisiko für die DBR.

Sicherheitsrisiko - für wen? Für die Bevölkerung Westdeutschlands - oder für eine Handvoll Kapitalisten, die ihr Erdölgeschäft mit dem Schahregime gefährdet sehen?



Ein Sicherheitsrisiko für das Volk, das sind jene persischen Rauschgifthändler, die in der BRD ihre schmutzigen Geschäfte betreiben, die zu den Bossen der Unterwelt gehören, die Luxuswohnungen besitzen und in pikfeinen Nachtlokalen verkehren. Jeder Polizist kennt sie — aber alle haben ihre Aufenthaltsgenehmigung. Die Schah-Familie selbst gehört zu den größten Rauschgifthändlern in Westdeutschland, als Teppichhändler, Import-Export-Unternehmer oder Diplomaten getarnt, arbeiten sie meist für ihn und seinen Geheimdienst SAVAK.

Wahrend sie aber frei herumlaufen, und gar unterstützt werden, wird der Patriot Adrom Mehrdad ins Ausländerlager Zirndorf eingeliefert. Grund: Regierung und Ministerium haben Anweisung gegeben ihn nach Zirndorf einzuliefern.

Zugleich wird seine Wohnung von Polizei durchsucht, seine Vermieter und Nachbarn werden unter Druck gesetzt. Die Presse wird ausgeschaltet. Nach einer Pressekonferenz wollten zwar einige Reporter über diese politische Unterdrükkung berichten — aber bis heute erschien keine einzige Zeile.

Systematisch soll Mehrdad ruiniert und in seinem Kampf gegen das reaktionäre Schah-Regime geschwächt werden: Obwohl sie ihm zustehen, bekommt er keine Papiere. Ohne Papiere bekommt er keine Arbeit. Ohne Arbeitsnachweis aber wird sein Asylantrag nicht durchkommen. Ohne Papiere ausreisen kann er nicht — aber hier kann er ohne Papiere auch nicht leben.

Mit seiner Einlieferung nach Zirndorf haben die westdeutschen Imperialisten den ersten Schritt getan zu seiner Auslieferung in die Folterkammern des Schah.

Gegen diesen Terror der Polizei, der Justiz und der Regierung muß der Kampf weiter geführt werden.

"Juristisch ist fast nichts mehr zu machen", sagt seine Rechtsanwältin", Adrom kann nur noch eine breite Solidaritätskampagne helfen."

Protesttelegramme und Telefonanrufe an:

Landratsamt Fürstenfeldbruck, H. Guttendörfer

Ausländeramt Zirndorf, München

Bayrisches Innenministerium, 8 München, Odeonaplatz

bitte eine Abschrift an den Roten Morgen.

ROTER MORGEN

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag und Redaktion: G. Schubert, 43 Essen 14, Postfach 36 07. Bestellungen an Vertrieb: 87 Würzburg, Postfach 612. Postscheckkonto Essen, Nr. 464 20 — 435 (G. Schubert). Tel.: 0 21 41 / 22 82 59. Verantwortlicher Redakteur: Dieter Stoll, Duisburg. Druck: NAV GmbH, 1 Berlin 36. Erscheinungsweise: wöchentlich samstags. Einzelpreis: 50 Pfennig. Abonnement: 25,— DM für ein Jahr (52 Ausgaben). Das Abonnement ist für ein Jahr im Voraus durch Überweisung auf unser obenstehendes Konto zu zahlen. Abonnements verlangern sich automatisch, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf der Frist gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Streik bei Hanomag-Henschel

Am Donnerstag, 11.10.73 traten die Arbeiter bei Hanomag-Henschel in Kassel in den Streik. Die Forderungen:

Nichtanrechnung der im Juli gezahlten 250 DM Teuerungszulage auf das Weihnachtsgeld!

Angleichung der Sozialleistungen an die Daimler-Benz-Betriebe!

Die Hanomag-Henschel Fahrzeugwerke sind ein Betrieb mit über 4 000 Beschäftigen. 1969 wurden sie von Daimler-Benz aufgekauft (100%). Hier läuft die gesamte Achsenproduktion für die Mercedes-LKW's.

Am 9.10. hatte der Konzernbetriebsrat mit dem Vorstand folgende Beschlüsse über die Zahlung des Weihnachtsgeldes und der Sozialleitungen beschlossen:

Daimler-Benz		Hanomag-Henschel Fahrzeugwerke
125,- DM	Weihnachtsgeld	125,- DM
750,- DM	Sondervergütung	475,- DM
150,- DM	Treueprämie	———
30,- DM	für Ehefrau	15,- DM
25,- DM	pro Kind	15,- DM
50,- DM	pro 3 Jahre Betriebszugehörigkeit	15,- DM

Das alles abzüglich 250,- DM Teuerungszulage!

Als das im Betrieb bekannt wurde, machte sich eine starke Empörung über diese Provokation breit. Bereits am Mittwoch abend kam es zu ersten Arbeitsniederlegungen in der Halle 80 (Achsenbau) der Spät- und Nachtschicht.

Am nächsten Morgen streikt die gesamte Frühschicht und ein großer Teil der Normalschicht. Um acht Uhr steht der gesamte Betrieb bis auf 800 Angestellte und 100 Lehrlinge. Große Teile der Arbeiter versammeln sich in der Halle 80. Plakate werden gemalt und aufgehängt. **Aufforderungen von Geschäftsleitung und Betriebsrat, die Arbeit wieder aufzunehmen, Verhandlungen abzuwarten, werden mit Rufen: "Pfeife! Pfeife!" beantwortet. Kommentar der Kollegen: "Betriebsräte - ja; Gewerkschaften – ja, aber solche? !"**

Die Geschäftsleitung verhandelt indessen mit dem Betriebsrat und Abteilungsobleuten bis mittags ohne Ergebnis. Dafür wieder Aufforderungen des Betriebsrates, die Arbeit aufzunehmen. Aber nichts da. Auch die Spätschicht schließt sich dem Streik an. Die Nachtschicht ebenfalls.

Am nächsten Tag Vertrauensleute-Vollversammlung. Ergebnis: Um 10 Uhr muß die Arbeit wieder aufgenommen werden. Bedründung: Der Betrieb müsse bis 24 Uhr Kurzarbeit wegen der zu erwartenden Streiks in Nordbaden-Nordwürttemberg anmelden. Das ginge aber nur, wenn normal gearbeitet würde. Wird das nicht gemacht, dann gibts bei Arbeitsausfall durch Streiks kein Geld. Und wer weiß, wie lange die da unten streiken ...

Doch viele fallen auf diese Spaltungspolitik nicht herein. Sie bleiben auch nach 10 Uhr in Halle 80. Ein Zug von Kollegen marschiert durch zwei Hallen, die bereits wieder arbeiten, überzeugt sie von Streik.

Wer um 10 Uhr hauptsächlich die Arbeit aufnimmt, sind V-Leute u.ä. Obwohl durch ihre Sabotage die Streikfront langsam abbröckelt, sind um 11 Uhr in Halle 80 noch mehrere hundert Kollegen versammelt. Man ist sich einig, daß bei entsprechender Situation in Nordbaden/Nordwürttemberg und wenn die Verhandlungen hier kein Ergebnis bringen, der Streik wieder aufgenommen wird. **Einige sagen nach den Erfahrungen dieser Tage, daß für solche Streiks eine selbständige Streikleitung gebraucht wird."**

POLITISCHE ENTLASSUNG BEI BÄNNINGER/GIESSEN

"...den gesetzten Erwartungen nicht entsprochen"

Genosse Schmidt wurde bei Bänninger rausgeworfen, Personalrat und Betriebsrat hatten herausbekommen, daß er mit ganzen Kräften die KPD/ML unterstützt. Genosse Schmidt ist wegen Teilnahme am Roten Antikriegstag in München 1972 zu 18 Monaten Gefängnis ohne Bewährung verurteilt. Da er Revision eingelegt hat und das Urteil noch nicht rechtskräftig ist, hatte er bei Bänninger Arbeit angenommen.

Bereits vor wenigen Monaten waren bei Bänninger zwei kommunistische Betriebsräte unserer Partei hinausgeworfen worden.

Genosse Schmidt berichtet: "Seit Juli arbeite ich in der Werkzeugmacherei als Werkzeugausgeber. Am 17.9. schrieb mich mein Hausarzt krank bis zum 22.9. Noch am selben Tag gegen 10 Uhr teilte ich das telefonisch dem Werkstattbüro mit. Gleichzeitig schickte ich per Post die Krankmeldung an das Personalbüro." Als er am 22. im Betrieb anrief, hieß es, ihm sei wegen "unentschuldigten Fehlens" gekündigt.

Als Schmidt im Personalbüro erklärte, daß die Krankmeldung abgeshcickt worden sei, meinte Personalrat Wünsch: **Das wäre ihm höchstens wichtig wegen der Lohnfortzahlung. Die Kündigung werde er auf jeden Fall aufrechterhalten; gegebenenfalls werde er sie in eine fristgerechte umwandeln**

Bei der Nachforschung ergab sich, daß der Arzt die Bescheinigung irrtümlich an eine falsche Krankenkasse geschickt hatte und deshalb auch der Betrieb nichts erfahren hatte. Nachdem dies Argument nun vom Tisch war, erhielt Schmidt einen Brief mit fristgerechter Kündigung. Der Grund: **"...Da Sie insgesamt den gesetzten Erwartungen nicht entsprochen haben."**

Schmidt berichtet: "Da ich ja erst zum 5.10. gekündigt war, ging ich also diesen Montag wieder zur Arbeit. Als erstes fand ich meinen Spind aufgebrochen und ausgeräumt, sodaß ich mich nicht umziehen konnte. In der Werkstatt erzählte ich diese Schweinerei dem Meister und zeigte ihm auch das Kündigungsschreiben. Herr Stöhler konnte sich das nicht erklären. Er betonte auch, bei der Arbeit hätte ich sehr wohl die in mich gesetzten Erwartungen erfüllt."

Der Betriebsrat begründete seine Zustimmung damit, daß **Schmidt "falsche Angaben bei der Einstellung" gemacht hätte und weil er "einmal Schmidt, Johannes und einmal Schmidt, Hans-Georg heißen würde."**

Schmidt: "Die sogenannten "Unterschiedlichen Namen" erklären sich ganz einfach so, daß ich Johannes-Georg heiße (wie es auch auf dem Scheckheft zur Sozialversicherung draufsteht), daß stattdem aber die Behörde auf die Steuerkarte "Hans-Georg" geschrieben hatte. Das wußte das Personalbüro von Anfang an, denn beide Sachen lagen ja seit der Einstellung dort vor."

Auch hat Genosse Schmidt bei der Einstellung keine falschen Angaben gemacht. "Das weiß Wünsch genau – deshalb kann er es auch nicht als Entlassungsgrund vorbringen"..."**Bleibt als letzter und einziger Entlassungsgrund, daß ich Kommunist bin.**"

Denn was Genosse Schmidt in seinem Lebenslauf dem Personalrat natürlich nicht auf die Nase gebunden hat; er ist Kommunist und steht fest zur KPD/ML, er hat als Kommunist bei Buderus mit Kollegen gegen Akkorderhöhungen gekämpft. er muß gegenwärtig wegen Teilnahme am Roten Antikriegstag in München den Kampf gegen die Klassenjustiz führen.



BÄNNINGER - BETRIEBSZEITUNG DER KPD/MARXISTEN - LENINISTEN

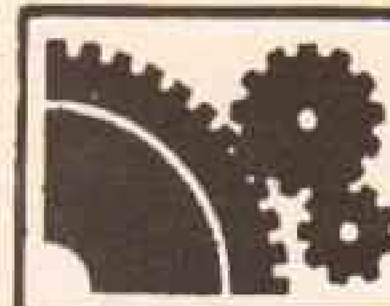


ROT - GUSS

Streiks im Allgäu weiten sich aus

Kurz nach dem Streik bei Liebherr (RM Nr. 39) traten auch die Kollegen bei Saurer Allma (45o Arbeiter) in einen 2-stündigen Warnstreik. Ihre Forderung: 600 DM Teuerungszulage. Der Betriebsrat hatte mit seinem Versuch, die Kollegen an die Arbeit zu bringen, keinen Erfolg. Daraufhin machte die Geschäftsleitung ein Angebot von 200 DM brutto, mit dem sich die Kollegen jedoch nicht zufrieden gaben. Am Dienstag, 9.10. streikten sie noch einmal 2 Stunden. Erkämpft wurde jetzt die Zahlung von 200 DM Teuerungszulage und die Erhöhung des Weihnachtsgeldes um 200 DM.

Auch bei der Kemptener Maschinenfabrik traten die Kollegen in einen halbstündigen Warnstreik für 600 DM Teuerungszulage.



Arbeiterkorrespondenz

Belegschaftsversammlung "Blumenthal":

Nachhilfestunde für Betriebsrats - vorsitzenden

Die letzte Belegschaftsversammlung der Zeche "General Blumenthal" (Bergbau-AG Herne/Recklinghausen) hätte unter dem Motto stehen können: "Rebellion ist gerechtfertigt!"

Zu Beginn der Versammlung stand die Frage, ob auf der Versammlung "politische Äußerungen" gemacht werden können. Betriebsratsvorsitzender Brandau versuchte, die Themen auf "Berichte" und "Verschiedenes" einzuengen. Ein Kumpel belehrte ihn aber eines Besseren: Paragraf 45 des BVG erlaubt "tarifpolitische, sozialpolitische und wirtschaftliche" Themen. An diese Nachhilfestunde wird Brandau noch lange denken. Denn hier wurde eine Lücke im reaktionären BVG gegen die reaktionären Betriebsräte gewendet.



"Und wenn die Kumpels verhungern – ich werde auch noch Minister"

In der folgenden Diskussion zeigten die Kumpel, daß für sie die Fragen der Sicherheit des Arbeitsplatzes, der Unfallfreiheit und des Lohns noch lange nicht gelöst sind.

Vom Werksdirektor wurde erläutert, daß die Lage der Zeche unsicher ist. Die Kumpels aber erkannten, daß für sie die Rationalisierung und verstärkte Arbeitshetze bei gleichzeitigem Lohnabbau geplant sind. Für sie heißt das steigende Unfälle. Allein bei Blumenthal stiegen die Unfälle von 86 im Juli auf 106 im August pro 100 000 verfahrene Schichten. Gleichzeitig wurde die verwertbare Förderung von 191 000 t im Juni auf 227 000 t im August gesteigert.

In den Mittelpunkt der Versammlung rückte der Lohnabbau. Den Kumpels war vollkommen klar, daß durch Steuerschraube und Preistreiberei weniger als vor einem Jahr herauskam. Der IGBE-Betriebsrat versuchte zwar, die "volle Durchsetzung" der 9,6% zu preisen. Und ein D'K'P-Redner, meinte, dem Betriebsrat sei zu danken für seine Ansicht, daß wir mehr Geld brauchten. Diese Abwiegler und Verräter standen aber fast isoliert.

Denn als Meinung der Kollegen wurde von einem Kumpel die Forderung nach 50 DM Teuerungszulage erhoben. Andere stellten weitere Lohn-. Urlaubs- und Mietforderungen. Die Reaktion am nächsten Tag war: Die Presse hatte die 5o DM-Forderung aufgegriffen. Und nun dementierten Homann (IGBE-Bezirksleiter) und Marmulla (BR-Vorsitzender Zeche Recklinghausen), daß diese Forderung weit verbreitet sei. Getroffene Hunde heulen!

Die Blumenthaler haben gesehen, daß die Belegschaftsversammlung nicht vom reaktionären Betriebsrat bestimmt werden muß, sondern eine Tribüne für ihre Sache sein kann. Fortschrittliche Kollegen machten durch Beiträge anderen Mut, die fast nie etwas zu sagen wagten.

Die Versammlung zeigte: Man muß noch klarer die vorhandenen Widersprüche, die den Kumpels selbst täglich auffallen, aufgreifen sie erläutern und soweit wie möglich Propaganda gegen die Imperilisten und ihr Proftjagen machen – unter taktischer Ausnutzung des BVG, das uns knebeln soll.

Bergbau: 1000 Unfälle wöchentlich

Wie die IG Bergbau bekannt gibt, sind seit 1945 unter Tage 15 000 Kumpel ums Leben gekommen und 50 000 Kumpel an Berufskrankheiten gestorben. 65 000 Menschen – ungefähr die Einwohnerzahl der Stadt Bayreuth – mußten für die Profite der Revierbosse ihr Leben lassen. Erhöhte Förderungsziele der Zechen, verstärkte Arbeitshetze treiben die Unfallziffern ständig in die Höhe. Auf einer Podiumsdiskussion gab der Bezirksleiter der IGBE zu: Jede Woche ereignen sich im Bergbau über 1 000 Unfälle!

Allein bei der Zeche Blumenthal stiegen die Unfälle von Juli bis August um 23%.

Schlechte Kartoffelernte: Bauern werden geprellt - Kapital macht Profit

Korrespondenz. Am Erntedankfest wußten sich die Bauern in Südheide (Niedersachsen) wieder einmal zu bedanken – insbesondere bei den Genossenschaften, die die Ernte hamstern und entsprechend niedrige Preise für die Ernte zahlen. Eine Genossenschaft begann in diesem Jahr mit einem Erzeugerpreis von 7 DM/Ztr. Inzwischen liegen die Preise höher. Das hat aber nichts mit der Einsicht der Genossenschaftskapitalisten zu tun. Der Grund ist der Mangel an Kartoffeln mit guter Qualität durch die schlechte Ernte in diesem Jahr. Gute Preise allerdings gibt es nur für Qualitätskartoffeln. Die aber hat in diesem Jahr kaum ein kleiner Bauer.

Von ihnen fuhren viele gar nicht erst mit dem Sammelroder übers Feld, weil ein Großteil der Kartoffeln von Würmern zerfressen ist. Durch die langanhaltende Trokkenheit sind die Würmer in die feuchten Kartoffeln eingedrungen. Nur dort, wo genügend beregnet wurde, konnte der Wurmfraß verhindert werden. Aber wie soll ein Familienbetrieb rund um die Uhr die Beregnung verlegen? Während so der kleine Bauer zusehen muß, wie seine Ernte auf den Feldern verfault, werden in der Stadt die Einkellerungskartoffeln zu einem Preis von 17 DM bis 40 DM pro Zentner verkauft.

Die Wut der Bauern auf den genossenschaftlichen Zwischenhandel ist deshalb beträchtlich. Aber nicht nur gegen die Genossenschaftskapitalisten richtet sich der Haß.

Wenn ein Bauer bei einem 16-stundentag weniger als ein Industriearbeiter verdient, dann gibt es erst einmal berechtigten Haß. Dieser richtet sich gegen die Regierung, gegen die Kapitalisten vom Landadel, die sich als Genossenschaften tarnen, gegen die Konzerne wie Nestle und Maizena mit ihrem Vertragsanbau von Kartoffeln. Und heute besteht auch kaum noch die Möglichkeit, in der Fabrik dazuzuverdienen wie noch vor einiger Zeit. Denn die Nachfrage nach Arbeitskräften ist durch die Rationalisierung in verschiedenen Betrieben wie VW und Teves nicht mehr da.

Darum heißt es bei den Bauern: Wir müssen weitermachen. Die Stimmung ist ähnlich wie vor den Aktionen im Frühjahr 1972. Eine Zeitlang ist es dem Bauernverband gelungen, ähnliche Aktionen zu verhindern. Demagogisch wird gefragt: Was hat denn die Aktion damals genützt? Aber die Bauern wissen zum großen Teil sehr gut, daß die Schuld daran beim Bauernverband liegt, der noch nicht einmal eine einheitliche Aktionslosung aufgestellt hatte. Dagegen haben sie nicht vergessen, welche Kraft sie selbst hatten.

Die Bauern verlangen nach einer konsequenten Führung. Die Faschisten werden diese Führung nicht erringen, auch wenn sie es verstärkt versuchen. Gerade sie, die so "national" sind, lassen es zu, daß die US-imperialistische Texaco vor ihrer Tür das Erdöl aus der Heide pumpt, ein paar Großbauern spickt und dabei das große Geschäft macht. Maizena Wittingen befindet sich in amerikanischer Hand. Da diese Monopole den Preis drücken, sind die Bauern genötigt, privat einen höheren Preis zu erzielen. Maizena Wittingen zahlt zum Beispiel für Vertragsanbau 5 DM/Ztr.

Die einzige Chance der Bauern liegt im gemeinsamen Kampf mit den Arbeitern. Schon bei der Massenaktion im Februar 1972 sagten viele Arbeiter: Die Bauern haben Recht, als sie mit ihren Traktoren durch die Städte fuhren. Gehen Bauern und Arbeiter erst einmal gemeinsam gegen ihren Feind, die Kapitalistenklasse, vor, wie bei der Aktion gegen den Natoübungsplatz in Ostfriesland, dann stehen Erfolge auf der Tagesordnung.





Kaiarbeiter - noch mit 70 Jahren?

""Im Hafen sind noch einige ältere Kaiarbeiter tätig, die das 65. Lebensjahr erheblich überschritten haben. Wie kommt es, daß solche Mißstände in unserem ach so hochgelobten 'Wohlfahrtsstaat' bestehen?

Die Rente ist einfach zu niedrig!

Ausschlaggebend dafür sind zum einen die Arbeitslosigkeit vor und nach dem zweiten Weltkrieg und der niedrige Rentenversicherungssatz der Nachkriegszeit. Zum anderen aber auch, daß die Renten den ständigen Preissteigerungen nicht angeglichen werden. . . . Für manche ältere Kollegen ist es einfach eine Notwendigkeit - entweder arbeiten oder nichts zu essen - sich bis ins hohe Alter abzurackern.

Für eine ausreichende Rentenversorgung!

Aber es gibt ja auch noch die Gewerkschaften, die endlich nach zähen Verhandlungen mit der Bundesregierung eine Herabsetzung des Rentenalters auf 63Jahre durchgebracht haben. Sicher ein 'Fortschritt' für alle Werktätigen. Tatsache ist aber, daß der Mensch bei der heutigen Arbeitshetze, durch kapitalistische Rationalisierung usw. mit 63 Jahren fertig ist. Wenn man sich einmal die Geburtsdaten der verstorbenen Kollegen der letzten Zeit betrachtet, erkennt man auch das schmutzige Spiel von Staat und Kapital - nämlich auch noch die Rente der Kollegen sparen.

Kollegen, vor allen Dingen die Jüngeren, solidarisiert euch mit euren älteren Kollegen. Kämpft gemeinsam für eine ausreichende Rentenversorgung. Kämpft gemeinsam gegen die Spaltung von Jung und Alt am Arbeitsplatz. Packt ruhig einmal mit an, wenn euer ältere Kollege einen Kneifer hat oder das schnelle Tempo der jüngeren nicht mithalten kann. Führt gemeinsam den Kampf gegen Arbeitshetze und kapitalistische Rationalisierung !""

Revisionistisches

SOWJETISCHE "HILFE"

Infolge der ständigen Mißwirtschaft des Ghandi-Regimes, das nach Außen eine aggressive Politik gegen die VR China und Pakistan verfolgt, im Innern aber jede noch so geringe wirtschaftliche Entwicklung hemmt, kann Indien sein Volk nicht ausreichend ernähren, trotz der dafür günstigen Naturbedingungen. Jährlich sterben Millionen Inder an Hunger. Auch heuer fehlen über vier Millionen Tonnen Getreide.

In dieser Not trat ein bewährter "Freund und Helfer" auf den Plan, die sozialimperialistische Sowjetunion. In einem persönlichen Schreiben an Indira Ghandi erklärte der sozialimperialistische Ober-Häuptling Breschnew, daß die Sowjetunion bereit sei, mit der Lieferung von zwei Millionen Tonnen Getreide auf Kreditbasis umgehend zu beginnen.

Hinter dieser scheinbar "menschenfreundlichen" Offerte der sowjetischen Sozialimperialisten verbirgt sich ein brutaler Raubzug. Erstens ist noch nicht bekannt, zu welchen Bedingungen der Kredit gewährt werden soll, **aber aus der Erfahrung mit ähnlichen sowjetischen "Hilfangeboten" an andere Länder weiß man, daß die sowjetischen Sozialimperialisten die Not ihrer "Schützlinge" weidlich ausnutzen und über dem Weltmarktpreis verkaufen, gar nicht zu reden von den horrenden Zinsen, an denen sich die neue Bourgeoisie der Sowjetunion mästet. Das gleiche haben sie mit Chile gatan und, in umgekehrter Form mit Kuba, wo sie das Zuckerrohr unter dem Weltmarktpreis kaufen, ihre Industriewaren aber über dem Weltmarktpreis verkaufen. Zweitens aber, und das ist das Entscheidende, handelt es sich bei dem Getreide um sowjetische Importe aus den USA und anderen kapitalistschen Ländern. Die sowjetischen Sozialimperialisten haben den Weltmarkt rechtzeitig fast leergekauft, um solche Länder wie Indien zu zwingen, ihr "Hilfsangebot" anzunehmen und ihnen auf Kreditbasis einen erklecklichen Profit in den Rachen zu werfen. Zudem wird Indien durch die Kreditfessel noch enger in das Joch der sowjetischen Sozialimperialisten gezwängt, die ohnehin schon durch Verträge und Beteiligungen bis zu 80% der indischen Wirtschaft direkt und indirekt beherrschen.**

Die "brüderliche Hilfe" der sowjetischen Sozialimperialisten ist nichts weiter als eine imperialistische Wirtschaftsaggression zur Ausdehnung und Verfestigung ihrer Macht auf dem indischen Subkontinent und **zur Errichtung einer Südfront gegen die Volksrepublik China.**

METALLTARIFRUNDE: IGM-Führung und D'K'P wiegeln schon jetzt ab

Angesichts der mühsam durchgestandenen Streikbewegung im Spätsommer und der anstehenden Tarifrunde dreschen sie wieder ihre Sprüche. Die IGM-Führung sagt "Radikale Kräfte im Unternehmerlager" ...und "Wir lassen uns die Hände nicht fesseln" (Metall Nr. 18/1973). Die D'K'P sagt "Bosse können zahlen" und rechnet Gewinn- und Auftragssteigerungen der Industrie vor (UZ vom 15.9.1973). Sie gebärden sich auf jede Weise 'antikapitalistisch'. Was verbirgt sich hinter diesen Sprüchen?

Mit ihrer Behauptung von den 'radikalen' Kräften im Unternehmerlager möchte uns die IGM-Führung indirekt weismachen, daß es daneben auch 'nichtradikale' Unternehmer gäbe und daß es genügt, die wenigen bornierten zu bekehren, damit sie den Forderungen der Arbeiterklasse im Lohnkampf entgegenkommen. Sie fordert die Arbeiter indirekt auf, zwischen solchen und anderen Unternehmern zu unterscheiden und sich im Lohnkampf den einzelnen Unternehmern gegenüber unterschiedlich zu verhalten. Sie unterteilt die Klasse der Kapitalisten in 'brave' und 'böse' und die 'bösen' werden andeutungsweise als Minderheit hingestellt. **Damit will die IGM-Führung den Lohnkampf durch Zersplitterung entschärfen und Sympathie für die Unternehmer, die doch auch 'gut' sein können, wecken. Damit ebnet sie den Weg zu arbeiterfeindlichen Kompromissen bei den Lohnverhandlungen, auf die ihre Verhandlungstaktik im Voraus gerichtet ist.** Was danach der Spruch vom 'Hände nicht fesseln lassen" wert ist, steht außer Zweifel. Nicht, daß die Kapitalisten ihr die Hände fesseln könnten befürchtet die IGM-Führung, sondern daß das die Arbeiterklasse durch ihre beharrlichen Forderungen tun könnte.

Nicht weniger arbeiterfeindlich ist die Losung der D'K'P von den Bossen, die zahlen können. Mit ihrer Liste von Gewinn- und Auftragssteigerungen sagt sie indirekt, wieviel die Bosse nach Meinung der D'K'P zahlen können. Sie legt damit die Arbeiterklasse auf die sogenannten durchsetzbaren Forderungen fest, die sich bei ihr nach den Profiten der Kapitalisten richten. Auch die D'K'P teilt mit dieser Losung die Kapitalistenklasse indirekt in zahlungswillige 'brave' und andere 'verstockte' Unternehmer. Das ist ein Teil ihrer Theorie von der Zurückdrängung der Monopole, wobei die 'verstockten' zuerst zurückgedrängt werden sollen.

IGM-Führung und D'K'P wollen mit ihren Sprüchen den Lohnkampf der Arbeiterklasse zum Kampf gegen den einzelnen Kapitalisten zurückzerren, auf vermeintliche Zahlungsmöglichkeiten der Kapitalisten ausrichten und ihm so die Spitze abbrechen.

Im Lohnkampf geht es nicht um den Kampf gegen den einzelnen Kapitalisten, der mehr oder minder 'brav' ist und mehr oder minder zahlen kann und will. Im Lohnkampf stehen sich zwei Klassen gegenüber, die Arbeiterklasse und die Kapitalistenklasse, die völlig entgegengesetzte Interessen haben. Die Kapitalisten wollen an den Arbeitern durch verschärfte Ausbeutung und niedrige Löhne möglichst viel verdienen, die Arbeiter wollen sich nicht ausbeuten lassen und möglichst hohe Löhne herausholen. Dieser Widerspruch ist unversöhnlich. **Deshalb muß die Lohntarifrunde im Kampf Klasse gegen Klasse geführt werden, die Arbeiterklasse gegen die Kapitalistenklasse. Wegen dieses unversöhnlichen Widerspruchs können sich die Forderungen der Arbeiterklasse nicht nach dem Profit der Ausbeuter, einzeln und insgesamt, richten, sondern einzig danach, was die Arbeiterklasse zur Rückgewinnung der Verluste durch Lohnraub, Teuerung und Inflation braucht. Die Höhe der Forderungen hängt von der Kampfkraft der Arbeiterklasse ab. Die durchsetzbaren Forderungen sind diejenigen, die die Arbeiterklasse mit ihrer Kampfkraft durchsetzen kann.**

In Zeiten der Hochkonjunktur ist es für die Arbeiterklasse besonders wichtig, hohe Forderungen durchzusetzen, damit sie in Zeiten der unweigerlich folgenden Rezession und Flaute von den Einbußen nicht erdrückt wird. **Diese Forderungen muß sie nicht nur gegen die Kapitalisten, sondern auch gegen den Verrat der IGM-Führung, die Abwiegelung der D'K'P und anderer Arbeiterfeinde durchsetzen.**

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION !

Die Expansion des Sozialimperialismus im Mittleren Osten

Das wahre Wesen eines scheinbaren Freundes

Die Führer der Sowjetunion protestieren gegenwärtig lautstark gegen die Aggression der israelischen Zionisten gegen die arabischen Länder. In Wirklichkeit spielen sie mit ihrer Politik "Weder Krieg noch Frieden" zusammen mit dem US-Imperialismus ein abgekartetes Spiel. Den letzten Beweis dafür lieferte die Tatsache, daß einen Tag vor Beginn des Krieges sämtliche sowjetische Militärberater in Ägypten und Syrien wie die Ratten das Schiff verließen.

Aber die Geschichte des Verrats der sowjetischen Sozialimperialisten wie die Geschichte des Widerstandes der arabischen Völker auch gegen sie ist älter. Dazu heißt es in einem Artikel der Peking Rundschau Nr. 37 vom 18.9.73:

Aus "Peking Rundschau" Nr. 37 vom 18.9.1973, gekürzt.

SCHMÄHLICHER VERRAT AN DEN ARABISCHEN VÖLKERN

Die arabischen Völker haben noch nicht vergessen, wie im Juni-Krieg von 1967 die Führungsclique der sowjetischen Revisionisten hoch und heilig beteuerte, sie werde den "arabischen Völkern helfen, den Aggressoren einen entscheidenden Schlag zu versetzen", während sie in Wirklichkeit die arabischen Völker im großen Stil verkaufte. In einem Artikel zum sechsten Jahrestag des Juni-Krieges sagte "Le journal d'egypte", drei Tage bevor Israel den Aggressionskrieg vom Zaune brach , habe der sowjetische Botschafter in Kairo im Namen der sowjetischen und der amerikanischen Regierung Gamal Abdel Nasser, dem damaligen Präsidenten der VAR, einen Brief übergeben, in dem erklärt wurde, die Sowjetunion und die USA würden "sich zusammentun, um gegen jeden zu kämpfen, der sich der Aggression schuldig macht, und dessen Angriff entschieden aufhalten". Aber die Sowjetunion tat nichts, als Israel einen Überraschungsangriff gegen arabische Länder unternahm. Laut Presseberichten teilte die Führungsclique der sowjetischen Revisionisten fünf Stunden nach dem Ausbruch des Kriegs den USA durch den "heißen Draht" mit, sie brauchten sich nicht zu sorgen, die Sowjetunion wünsche keinen Krieg mit den USA im Mittleren Osten. Eingedenk dieser blutigen Lehre wies eine führende Persönlichkeit Ägyptens kürzlich darauf hin, der israelische Aggressionskrieg gegen arabische Länder von 1967 sei die "Folge einer von Großmächten geschmiedeten internationalen Verschwörung" gewesen: "die Russen und die Amerikaner stecken miteinander unter einer Decke" und "einer leitet den Schlag, während der andere den Nutzen daraus zieht". Und weiter "Die Großmächte akzeptieren keine andere Anwesenheit neben ihrer eigenen und keine anderen Aktionen neben ihren eigenen."

DER "SELBSTLOSE BEISTAND" BRINGT UNHEIL

Nach dem Krieg vom 5. Juni 1967 verkaufte die Führungsclique der sowjetischen Revisionisten den arabischen Ländern einige Waffen, um ihren "selbstlosen Beistand" unter Beweis zu stellen, und erklärte, nur mit Hilfe dieses "Beistands" könnten die arabischen Länder die Folgen der israelischen Aggression beseitigen

Die gelieferten Waffen sind nicht nur teuer, sondern der Kauf ist auch mit vielen Beschränkungen verknüpft. Zum Beispiel: Es gibt keine Offensivwaffen, und es ist verboten, die Waffen für die Zurückeroberung der verlorenen Territorien zu gebrauchen. Nach der ägyptischen Zeitung "Al-Ahram" hat Breschnew das Ersuchen einiger arabischer führender Persön-


Die sowjetischen Militärs in Ägypten ausgewiesen

lichkeiten um den Erwerb eines gewissen sowjetischen Flugzeugtyps offen abgelehnt. Er mahnte sogar: "Ich will nichts mehr von diesem Flugzeug hören, nach dem Sie mit Beharrlichkeit verlangen. Keine Rede mehr davon!" Die Wochenzeitschrift "Arabische Welt" berichtete, die Führungsclique der sowjetischen Revisionisten habe den arabischen Ländern offen gedroht, sie dürften gegenüber der israelischen Aggression "keine Zuflucht zu einer militärischen Lösung" nehmen, da dies zu einer "Konfrontation" zwischen Amerikanern und Sowjets führe, zu einem "Weltkrieg" und einer "Liquidierung der fortschrittlichen (arabischen) Regierungen." Unter diesen Umständen sind die Waffen, welche der sowjetische Revisionismus den arabischen Ländern so teuer verkaufte, praktisch zu Schrotthaufen geworden...

Die libanesische Zeitung "Al-Hayat" sagte: "Diese sogenannte (sowjetische) Freundschaft sowie Hilfeleistungen und Unterstützung, deren Wert und Bedeutung übertrieben worden sind, gehören zu den wichtigsten Elementen und Faktoren, welche der arabischen Welt ungezähltes Leid und Elend, Verachtung und Erniedrigung sowie den Verlust von Territorien und Würde gebracht haben."


Schönau in Österreich: Sowjetische Juden — Fachkräfte für Israel

DIE GLEICHE POLITIK WIE VOR HUNDERT JAHREN

Solcher "Beistand" der sowjetischen Revisionisten ist für den Widerstand der arabischen Völker gegen israelische Aggressionen zwar nutzloser Schund, aber er ist ein wichtiges Mittel der sowjetischen Revisionisten zur Infiltration und Expansion im Mittleren Osten geworden. In den vergangenen Jahren ist den sowjetischen Munitionsexperten eine große Zahl von sowjetischen "Militär"beratern" dicht auf dem Fuß gefolgt. Die sowjetischen Revisionisten bemühten sich, die Schlüsselabteilungen einiger arabischer Länder zu kontrollieren, Marine- und Luftstützpunkte an sich zu reißen sowie das Recht zur Benutzung von Häfen zu erhalten. Sie sandten eine riesige Flotte ins Mittelmeer, um den Tyrann zu spielen und bedrohten mit ihrer Machtdemonstration die Sicherheit der Mittelmeerländer ernsthaft. Danach streckten sie ihre aggressiven Klauen nach dem persischen Golf aus, um Ölressourcen und strategisch wichtige Positionen an sich zu reißen. Etiketten wie "proimperialistische Kräfte", "arabische Reaktionäre" und "Anti-Sowjetismus" werden jedem angehängt, der mit ihren Akten der Aggression nicht einverstanden war oder sie gar bekämpfte...

HELFERSHELFER DER ISRAELISCHEN ZIONISTEN

In einem schmutzigen Geschäft mit dem amerikanischen Imperialismus haben die sowjetischen Revisionisten in den letzten Jahren eine immer steigende Zahl von sowjetischen Juden nach Israel auswandern lassen. Dies hat den Mythos ihrer hoch gelobten "zuverlässigen Freundschaft" platzen lassen. Die Zahl der ausgewanderten sowjetischen Juden hat sich zwischen 1970 und 1972 von einigen Hunderten auf 32 000 erhöht. Vor kurzem haben die Behörden der sowjetischen Revisionisten, um in den Genuß der Meistbegünstigungsklausel der Vereinigten Staaten von Amerika zu kommen, diesen offiziell zugesichert, dem Erheben einer Auswanderungssteuer von sowjetischen Juden ein Ende zu machen, wodurch deren Auswanderung nach Israel erleichtert wurde. Einem UPI-Bericht zufolge hat


Israelische Soldaten suchen Deckung vor syrischen Tieffliegern

Breschnew in den USA zu über 20 amerikanischen Senatoren gesagt, daß mehr als 95% der Auswanderungsgesuche sowjetischer Juden genehmigt worden sind...

Diese unverhüllte Praktik der Führungsclique der sowjetischen Revisionisten, sich auf Kosten anderer Vorteile zu verschaffen, ließ die arabischen Völker klar und deutlich erkennen: Dieser "wahre Freund", der gelobt hat, den arabischen Völkern "die Folgen der israelischen Aggression beseitigen zu helfen", ist ein eigentlicher Helfershelfer der israelischen Zionisten. Die ägyptische Zeitung "Al-Akhbar" führte in einem Leitartikel aus: "Die Auswanderung einer großen Zahl von sowjetischen Juden nach Israel bedeutet eine Stärkung des menschlichen und militärischen Potentials von Israel. Dies wird Israel noch besser ermöglichen, die kolonialistischen Ziele der Zionisten zu erreichen"...

EIN NOCH GEFÄHRLICHERER FEIND DER ARABISCHEN VÖLKER

Die ägyptische Regierung verkündete im Juli des vergangenen Jahres die Beendigung der Mission der sowjetischen Militärberater in Ägypten. Dies hat den festen Willen der arabischen Völker, sich von der sowjetischen Kontrolle freizumachen, klar zum Ausdruck gebracht. Eine arabische Zeitung erklärte: "Die Sowjetunion verlangt von uns, davon überzeugt zu sein, daß sie der wahre Freund sei. Aber die Völker hier kennen die Wahrheit. Sie wünschen die Freiheit und wollen gleichberechtigte Beziehungen mit anderen Ländern aufnehmen und nicht von Heuchlern betrogen werden. "Andere arabische Zeitungen wiesen nachdrücklich darauf hin, daß die Sowjetunion "ein noch gefährlicherer Feind" der arabischen Völker sei, daß es "vergeblich ist, bei der Lösung des Palästinaproblems und bei der Wiedererlangung der okkupierten Gebiete auf die Hilfe der zwei Supermächte zu zählen," und daß es notwendig sei, "auf die eigene Kraft gestützt, unsere eigenen Probleme zu lösen'...

Gegenwärtig bildet der Kampf der arabischen Völker gegen die Aggression und die Hegemoniebestrebungen der Großmächte, zusammen mit dem Kampf der Mittelmeerländer zur Vertreibung der sowjetischen und amerikanischen Flotten aus dem Mittelmeer und dessen Verwandlung in ein Meer der Sicherheit, mit dem Kampf der Golfländer zur Befreiung von dem Wettstreit der Supermächte und mit dem Kampf der ölproduzierenden Länder im Mittleren Osten um die Wahrung ihrer Rechte, eine unaufhaltsame historische Strömung.

Vorbei sind die Tage, in denen die Supermächte den Mittleren Osten nach ihrem Willen dominieren können. Die Tricks des Sozialimperialismus sind immer unwirksamer geworden.

Hört die revolutionären Sender !



RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
6.00 – 6.30	41 und 5o Meter 215 Meter
13.00 – 13.30	32 und 41 Meter
14.30 – 15.00	32 und 41 Meter
16.00 – 16.30	32 und 41 Meter
18.00 – 18.30	32 und 41 Meter
19.00 – 19.30	41 und 5o Meter 215 Meter
23.00 – 23.30	41 und 5o Meter 206 Meter

32 Meterband entspricht 9,26 Mhz
41 Meterband entspricht 7,23 Mhz
50 Meterband entspricht 5,95 Mhz
215 Meter entsrpechen knapp 1400 KHz (Mittelwelle)
206 Meter entsprechen 1456 KHz (Mittelwelle)

RADIO PEKING

19.00 – 19.30	Immer 43,7; 42,8
21.00 – 22.00	und 26,2 Meter

Chile :

Militärjunta mit Mord und Unterdrückung gegen den Widerstand des Volkes

Laut westlichen Nachrichtenagenturen sollen in Chile bereits über 20 000 Menschen von der Militärjunta umgebracht worden sein.

Gegenwärtig führen in der Region Valvidia ziemlich starke Partisaneneinheiten Kämpfe mit Handfeuerwaffen und Dynamit gegen das chilenische Militär. Auch nördlich der Hauptstadt, im Gebiet von Ajial kam es zu Kämpfen.

Die Junta hat inzwischen verfügt, daß die für diesen Monat vorgesehene Lohnerhöhung erst 1974 vorgenommen werden soll – obwohl die Preise in den letzten Monaten um 250% gestiegen sind. Nach dem Putsch kostete Rindfleisch das Doppelte, Suppenfleisch das Vierfache. Eine Säuglingsnahrung, deren Herstellung und Preis früher streng kontrolliert wurde, kostet jetzt genau das Zehnfache. Seit dem Putsch wurden weit über 100 000 Arbeiter und Angestellte vor allem aus politischen Gründen entlassen. In Fabriken müssen täglich bis zu vier unbezahlte Überstunden geleistet werden. Wer sich dagegen wehrt, wird fristlos rausgeworfen.

"...den Soldaten ist nicht mehr zu trauen, denn sie sind Proleten oder Bauern, die nicht gern auf eigne Leute hauen."



Am 25.9.73 sollten wir Rekruten auf dem Heider Marktplatz das feierliche Gelöbnis auf den westdeutschen Staat ablegen. 4 Ausbildungskompanien mit fast 500 Soldaten sollten dazu in Heide aufmarschieren. Schon lange vorher waren Aktionen von einigen Organisationen angekündigt worden. Unter anderem auch von der KPD/ML und ROTEN GARDE. Als wir Rekruten davon erfuhren, waren wir begeistert. "Hoffentlich stören die die ganze Veranstaltung."

Am Abend kamen wir irgendwo ganz am Rande von Heide auf einem dunklen Schulhof an, der von Feldjägereinheiten abgesichert worden war. Dann zogen wir durch Heide zum Marktplatz. Ansich hatte man sich gedacht, daß jetzt die Heider an den Fenstern liegen würden, um uns zu sehen. Aber wie ausgestorben lagen die Straßen.

Auf dem Marktplatz hatten sich dann einige hundert Heider versammelt, auch viele Eltern der Rekruten saßen auf der Tribüne. Am Rand standen Wagen mit Feldjägern und natürlich die Polizei. Kaum hatten wir Soldaten uns aufgestellt, da hörten wir auch schon die Sprechchöre der Demonstranten: **Weg mit der Nato, Weg mit dem Warschauer Pakt! Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg! und viele mehr.** Wir Rekruten wußten gleich, das können keine Jusos sein, das sind Kommunisten. Dann kam die erste Rede, aber das waren mehr Fetzen. Immer wieder von Sprechchören unterbrochen. Vizeadmiral Jung erging sich über den Friedenswillen der Bundeswehr: "Wir zeigen unseren Friedenswillen dadurch, daß wir hier und heute in Heide und nicht irgendwo in Mitteldeutschland aufmarschieren." Schöner Friedenswillen, wenn er dann weiter von der "Einheit Deutschlands" spricht, die auf "irgend eine Art" erreicht werden müsse. **Aber auf "irgendeine Art" wollen die meisten Soldaten keine Wiedervereinigung. Denn sie merken täglich, für wen sie dienen. Ein Kollege aus Köln fragte einmal während des politischen Unterrichts: Wieso sollen wir eigentlich geloben, das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes zu beschützen? Wir dienen doch für die, die Geld haben, die Kapitalisten, worauf fast alle Kameraden zustimmten, und der Leutnant eine Pause befahl, weil er nicht weiter wußte.**

Diese Frage stellten sich wohl viele Kameraden, als es darum ging, das Gelöbnis nachzusprechen. Das Gelöbnis sollte ein Hauptfeldwebel, der in den Ruhestand geht, abnehmen – er sprach also vor: Wehrpflichtige, sprechen Sie mir nach. Ich gelobe... darauf antworteten 10 bis 20 Rekruten von fast 500: Ich gelobe... der Rest schwieg! "...der Bundesrepublik treu zu dienen..." Nun antworteten einige Soldaten mehr: "...der Bundesrepublik Deutschland treu zu dienen..." "...und das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen..." Wiederum waren es nur einige Soldaten, die nachsprachen.

Äußerst peinlich für die anwesende Admiralität. Gerade das hatten die Heider doch hören sollen. Dafür waren Mikrofone und Lautsprecher aufgestellt worden, extra dafür war das am Tag vorher geprobt worden. Schon vorher hatten einige Kameraden in ihren Kompanien gemeldet, daß sie nicht bereit wären, das Gelöbnis abzulegen, und haben sich verstärktem Druck (mehr Wochenenddienste u.s.w.) ausgesetzt. Und jetzt noch das.

Die Antwort der Bosse: Knüppelbefehl. Überall setzten sich die Feldjägerkommandos in Bewegung und griffen die Genossen an. "Ruhe" hieß es für uns Rekruten. Trotzdem tuschelten die Soldaten über den Einsatz der Feldjäger. Wir standen fast alle auf der Seite der Demonstranten. Die Schreie der Zusammengeschlagenen drangen bis zu uns, und wir standen fast 200 m von der Auseinandersetzung entfernt.

Nun versuchten die Bundeswehrbosse, die Veranstaltung schnell zu Ende zu bringen. Sofort wurde der Zapfenstreich begonnen. Das Heeresmusikkorps 6 marschierte auf. Nun sollten wir alle wieder strammstehen, aber kaum einer der Kameraden aus unserer Kompanie tat das noch. Es wurde nicht mehr der große Zapfenstreich gespielt, nein das wäre zu lang gewesen, er wurde um mehr als die Hälfte zusammengestrichen. Schließlich kam das Deutschlandlied.

Hundert Musiker versuchten mit Pauken und Trompeten lauter zu sein, als die Genossen, die die INTERNATIONALE sangen. Aber sie schafften es nicht. Über den Heider Marktplatz schallte das Kampflied der Arbeiterklasse. Wir standen nur 50 m vom Heeresmusikkorps weg und 200 m von den demonstrierenden Genossen, aber trotzdem hörten wir die Internationale lauter. Dieses Lied kennen die meisten Kameraden, nicht den Text, aber doch die Melodie. Einige Kameraden haben leise mitgesummt...

Zyankali und Freibier

Beim Lesen des Umweltschutzartikels im RM Nr. 39 'Profit mit Gift' sind mir Vorfälle eingefallen die ich vor ein paar Jahren erlebt habe als ich als Chemiearbeiter bei AEG – Telefunken gearbeitet habe.

Die Galvanik, wo Metalle versilbert, vergoldet oder verzinnt wurden, war eine einzige große Halle mit dutzenden großer Säurebecken. Ich mußte dort unter anderem die täglichen Abwässer auf ihren Cyanid-(Blausäure oder Zyankali) gehalt analysieren. Genausogut hätte ich mich allerdings nochmal aufs Ohr legen können, denn meine Analysen und ich dienten den Bossen bloß als Alibi, daß sie sich doch um den Umweltschutz kümmern, Denn die amtlichen Maximalwerte an Cyangehalt wurden immer übertroffen, meistens um das Vielfache, und wenn die Bonzen besonders eilige (profitable) Aufträge brachten, manchmal sogar um 100 000 % (richtig gelesen, um das 1000 fache)! ! Über solche Unglaublichkeiten hat sich allerdings keiner der 'höheren Herren' den Apetit verderben lassen - und ich mußte von den Werten einfach ein paar Nullen wegstreichen, bevor ich sie ins 'Analysenheft' eintrug. Zu spüren bekamen den Dreck ja auch nur die Galvanikarbeiter von denen keiner der länger als 2 Jahre da war nicht sein chronisches Magenleiden hatte, viele auch ernsthafte Magengeschwüre.

Dazu kommt noch, daß die ganze Galvanik nur eine einzige winzige Entlüftungsanlage hatte, die diesen Namen eigentlich gar nicht verdient -Jede Vorstandetage, wo sowieso kaum ein Stäubchen hinfällt, hat eine bessere. Die Galvanik war auch nur ganz schwach geheitzt und im Winter konnte man deshalb wählen : entweder die Fenster aufreißen bis zur Lungenentzündung (Hilfsarbeiterinnen arbeiteten den ganzen Tag mit den Händen in kalten Wasserbädern)- oder aber 8 Stunden lang die Lunge mit Salzsäuredämpfe 'reinigen', bis schon die Augen zu tränen anfingen. Wieder andere mußten an Becken mit fast kochendem Tri arbeiten, die ebenfalls keine brauchbaren Abzugsanlagen hatten. Tri ist ein scharfes Fettlösungsmittel, das bei dauernder Berührung die Haut zerstört.

Wer wagt es noch ein System als menschenwürdig zu bezeichnen, in dem die Herrschenden die Arbeiter vor die Alternative stellen wollen:solche Zustände zu erdulden oder den Arbeitsplatz zu verlieren ? "Der Menschim Mittelpunkt" posaunt die Gewerkschaftsführung großkotzig dazu. Aber mit diesem 'Mensch' bist nicht Du gemeint und nicht ich, sondern die Klasse zu der sich auch die DGB- Führer gemausert haben - die Kapitalistenklasse! Uns hilft da nur eins: Weg mit solchen 'Alternativen' ! Wir kämpfen für ein System, in dem WIR bestimmen werden, wie die Werkshallen ausschauen und welche Entlüftungsanlagen eingebaut werden, was mit dem Abfall passiert und was wir daraus noch nützliches herstellen können.

Aber nochmal zurück zu den Abwässern. Der RM schrieb, es geschieht nichts gegen die Umweltvergiftungsverbrechen der Konzerne "Weil im Kapitalistischen Westdeutschland das Streben nach Höchstprofit regiert". Mancher sagt sich vielleicht "Das gibts doch nicht, wozu haben wir denn dann überhaupt Gewerbeaufsichtämter, Strafbestimmungen und Maximalwerte an Geftgehalt ? "

In der Praxis sieht das ganz einfach so aus: Das Wasserwirtschaftamt prüft zwar dei Abwässer der Konzerne (ein- zweimal im Jahr), aber - es ruft vorher an ! Am fraglichen Tag wird dann das Abwasser von der Frühschicht an zurückgehalten, es wird eine blitzsaubere Analyse gemacht, und am nächsten Morgen geht dann der Dreck von zwei Tagen in die Flüsse! Natürlich kennen die Prüfer solche Tricks. Aber die Prüfer sind schließlich Beamte, und wer weiterkommen will, der packt solche heiße Eisen, lieber nichtan und nicht zuletzt: ihre Analyse stimmt ja, und damit auch das Gewissen.

Die Geschäftsleitung tut auch das ihre: Nach dem Motto 'kleine Geschenke erhalten die Freundschaft' werden die Prüfer umschwänzelt und freigehalten in der Chefkantine ("Sie bleiben doch noch zum Essen, wenn ich Sie einladen darf").

Im Kapitalismus wäscht eine Hand die andere - und wenns in Blausäure ist !

Sozialhilfe für Ausländer

"Kaputtarbeiten dürfen sie sich"

Korrespondenz

In einigen Städten des Ruhrgebiets haben die verschiedenen Ordnungsämter/Ausländerbehörden in bezug auf "Sozialhilfe für Ausländer" folgendes gesagt:

"Während der letzten Zeit mehren sich die Fälle,daß Ausländer Sozialhilfe nach dem Bundessozialhilfegesetz beantragen und erhalten, Ich darf darauf hinweisen, daß nach § 10 Abs. 1 Nr. 10 des Ausländergesetzes vom 28.4. 1965 ein Ausländer ausgewiesen werden kann, wenn er den Lebensunterhalt für sich und seine unterhaltsberechtigten Angehörigen nicht ohne Inanspruchnahme der Sozialhilfe bestreiten Kann".

Die verschiedenen Sozialämter werden dann vom Ausländer-/Ordnungsamt angewiesen, mitzuteilen, wenn Ausländer Sozialhilfe beantragen, damit diese entscheiden können, "ob der weitere Aufenthalt erlaubt sein soll".(Zitat !)



Soweit die Anweisungen der Behörde. Sehen wir uns das BSHG an: (Bundesozialhilfegesetz) Paragraf 120 BSHG lautet:

Abs. 1: Personen, die nicht Deutsche im Sinne des Artikels 116 Abs. 1 des Grundgesetztes sind und die sich im Geltungsbereich dieses Gesetzes tatsächlich aufhalten, ist (Unterstrichen von mir) Hilfe zum Lebensunterhalt, Krankenhilfe für werdende Mütter und Wöchnerinnen, Tuberkulosehilfe und Hilfe zur Pflege nach diesem Gesetz zu gewähren; wer sich in den Geltungsbereich dieses Gesetzes begeben hat, um Sozialhilfe zu erlangen, hat keinen Anspruch. Im übrigen kann Sozialhilfe gewährt werden, soweit dies im Einzelfall gerechtfertigt ist. Rechtsvorschriften, nach denen außer den in Satz 1 genannten Leistungen auch sonstige Sozialhilfe zu gewähren ist oder gewährt werden soll, bleiben unberührt.

(2) Der Bundesminister des Inneren kann durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates bestimmen, daß außer den in Satz 1 genannten Leistungen auch sonstige Sozialhilfe zu gewähren ist oder gewährt werden soll.

Soweit das "Gesetz". Selbst in den reaktionären Kommentaren zum BSHG wird unterstrichen, daß Ausländer einen Rechtsanspruch auf Sozialhilfe haben. Im Mai 1961 wurde das Gesetz verabschiedet. Die damaligen Umstände zwangen die Regierung dazu, so "großzügig" zu sein: Sie brauchten wegen der Hochkonjunktur jede Arbeitskraft. Inzwischen hat der westdeutsche Imperialismus viele Arbeitsmärkte: Jugoslawien, Marokko, Tunesien, Indien, Türkei, Italien, Griechenland, Spanien ect., sodaß sie ungehemmt alle nicht mehr optimal Ausbeutbaren abschieben können.

Wohlbemerkt: Diese Anordnungen an die Sozialämter sind in den SPD-verwalteten Städten gefällt worden! Bei den Kollegen im Amt hat das Empörung hervorgerufen: "Warum holt man dann erst die Ausländer ins Land?" "Kaputtarbeiten dürfen sie sich, aber wenn sie nicht mehr können, sollen sie zuhause verrecken!" etc. (Übrigens: Viele Kollegen melden die Ausländer dem Ordnungsamt nicht!).

Genosse Günther Wagner berichtet

"Am Freitag, den 28.9.73, kam ich wie jeden Tag mittags von der Arbeit bei Thyssen. Ich wollte eben die Haustür aufschließen, als sie von innen geöffnet wurde: "Sind Sie Herr Wagner? Sie sind verhaftet." Sofort stand auch ein ziviler Polizist hinter mir.
Ich durfte noch schnell meine Arbeitssachen in meine Wohnung bringen, dann wurde ich ins Polizeigefängnis gefahren, kam sofort in eine Zelle.

Am Samstag morgen wurde ich erkennungsdienstlich behandelt. Die Antwort auf meine Proteste: Beschweren können Sie sich hinterher. Jetzt erfuhr ich, warum ich überhaupt verhaftet worden war. Vom Bundeskriminalamt in Wiesbaden wurde der Wortlaut des Haftbefehls durchgegeben, ich erhielt eine Abschrift. Ich war angeklagt wegen verleumderischer Beleidigung, weil mein Name unter einem Flugblatt stand, das zum Protest gegen Polizei- und Justizterror aufrief. Die Begründung für den Haftbefehl war: ohne festen Wohnsitz, flüchtig. Und das, wo ich auf dem Weg in meine Wohnung, wo ich schon seit Monaten gemeldet bin, verhaftet worden war!

Mittags wurde ich dann in Handschellen dem Duisburger Haftrichter vorgeführt. Ich habe sofort gegen den Haftbefehl Beschwerde eingelegt. Der Richter erklärte, daß in dieser Angelegenheit allein München entscheiden könne. Dort würden sie mich hinschicken. Als ich dem Richter erklärte, daß ich bis jetzt weder einen Rechtsanwalt, noch meine Arbeitsstelle, noch Bekannte habe benachrichtigen können, meinte er: anrufen können Sie, sobald Sie im Gefängnis sind. Er versprach, auf alle Fälle aber für mich einen Freund zu benachrichtigen. Eine leere Versprechung, wie sich hinterher herausstellte.
Im Gefängnis hieß es dann: Wochenende. Nichts zu machen.

Am Montag wurde ich dem Gefängnisvorstand vorgeführt. Telefonieren durfte ich immer noch nicht: Telefongespräche von U-Häftlingen müssen vom zuständigen Richter überwacht werden – und der saß ja in München. Ich solle ihm doch einen Brief schreiben. Dieser Brief allerdings, mit einer Vollmacht für den Rechtsanwalt, mit dem Auftrag, meine Firma zu benachrichtigen, kam dann am Donnerstag, fast eine Woche nach meiner Verhaftung an.

Dienstag früh wurde ich dann in einen Gefangenenbus verladen und nach München transportiert. Fast vier Tage in engen Zellen, als Verpflegung nur Brote. Dafür konnte ich von den anderen Gefangenen an zig Beispielen erfahren, was Klassenjustiz heißt. **Ein 50-jähriger Mann wegen Diebstahl von 5 Flaschen Bier zu 5 Monaten Gefängnis verurteilt. Ein junger Mann darf seinen Rechtsanwalt nicht anrufen. Ein stadtbekannter Zuhälter dagegen kann mit seiner Freundin telefonieren. An einigen Abenden hörten wir auf den Transportzellen Radio Tirana.**

Am Freitag mittag kam ich im Münchner Untersuchungsgefängnis Stadelheim an. Und wieder: Wochenend.
Auch der Rechtsanwältin gegenüber ließ sich der Ermittlungsrichter an diesem Nachmittag verleugnen.

Am Montag nachmittag, den 8.10. – 10 Tage nach meiner Verhaftung – hatte ich zum ersten Mal Kontakt mit meinem Rechtsanwalt, erhielt Besuch.

Jetzt erst erfuhr ich vom Kampf, den die Partei für meine Freilassung organisiert hatte.
Noch am selben Abend beantragte meine Rechtsanwältin die unverzügliche Überprüfung des Haftbefehls auf seine rechtsstaatlichen Grundlagen.

Die Begründung für den Haftbefehl war, wie gesagt, völlig unhaltbar. Obwohl das Flugblatt, auf das sich die Anklage stützt, bereits im Februar erschien, wurde erst am 5.Mai Anzeige erstattet – der Haftbefehl wurde Anfang August angeordnet. Mit seiner Vollstreckung wurde wieder fast zwei Monate gewartet. In dieser Zeit war die Polizei insgesamt drei Mal bei meinem Vater und hat ihn im Betrieb, in Anwesenheit seines Chefs über die 'kommunistischen Umtriebe' seines Sohnes ausgefragt.

Diese Tatsachen zeigen eindeutig, daß es der Justiz darum ging, ein Exempel zu statuieren. Warum gerade an mir? Weil ich der Inhaber des Spendenkontos im Roten Morgen bin und die Bourgeoisie dieser Form der Solidarität einen Riegel vorschieben will.

Der Kampf der Partei, die Welle der Solidarität, die breite Empörung in der Bevölkerung hat die Klassenjustiz gehindert, ihre Pläne zu verwirklichen, mich für längere Zeit ins Gefängnis zu bringen. Wenige Stunden, bevor in München die angekündigte Demonstration für meine Freilassung stattfinden sollte, wurde das Verfahren mit einem Strafbefehl gegen mich abgeschlossen. Ich wurde entlassen.

Ich habe in diesen 14 Tagen am eigenen Leib erlebt, wie die Justiz gegen den 'kleinen Mann' und besonders gegen die Kommunisten vorgeht. Diese Justiz und Polizei, die Gefängnisse, das ist ein Unterdrückungsapparat gegen die Arbeiterklasse, gegen das Volk. Das ist eine brutale Diktatur der herrschenden Klasse.

Aber obwohl ich 10 Tage lang ohne jeden Kontakt zu meinen Freunden und Genossen war, habe ich keinen Moment das Gefühl gehabt, diesem Apparat hilflos ausgeliefert zu sein. Denn ich wußte, die Partei wird für mich kämpfen. Was ich nach meiner Entlassung gehört habe, hat das bestätigt. Die Bourgeoisie wollte uns einen Schlag versetzen. Aber der Kampf der Partei, die vielen Menschen, die bereit waren, sich für meine Freilassung einzusetzen, haben das Gegenteil bewirkt: die Justiz hat diese Schlacht verloren. Mit den bei diesem Kampf neugewonnenen Freunden und Genossen wird die Partei ihren Kampf zur endgültigen Niederlage der Kapitalistenklasse gestärkt fortführen.

Solidarität kämpft Genossen Günther frei



Am Donnerstag mittag – 13 Tage nach seiner Verhaftung in Duisburg – wurde Genosse Günther Wagner aus der Haftanstalt Stadelheim in München entlassen. Hieß es in seinem Haftbefehl noch: die Untersuchungshaft ist in Anbetracht der zu erwartenden Strafe angemessen – war die Bourgeoisie nun gezwungen, die Haft so schnell wie möglich zu beenden. Am Mittwoch wurde das Verfahren mit einem Strafbefehl über 1.800 DM zum Abschluß gebracht. Gezwungen? Ja, denn eine Welle von Solidarität, der entschlossene Kampf der Partei, der persönliche Einsatz von vielen einfachen Menschen auf der Straße, von verschiedenen fortschrittlichen Organisationen hat ihr einen Strich durch die Rechnung gemacht. Mit einer Nachrichtensperre sollte die Öffentlichkeit ausgeschaltet werden. Aber schon am 9.10. konnte die Rote Hilfe Initiative Köln in einer Solidaritätsadresse an Günther Wagner schreiben:

"Genosse Günther!

Der Plan der Klassenjustiz, Deine Verschleppung totzuschweigen, ihr Versuch, durch die Gleichschaltung der bürgerlichen Schreiberlinge von Presse, Rundfunk und Fernsehen eine totale Nachrichtensperre zu verhängen, ist jetzt schon gescheitert! Wir haben am Samstag in den Reihen der KPD/ML in Duisburg für Deine sofortige Freilassung demonstriert; wir haben am Sonntag auf einer großen Veranstaltung der Roten Hilfe/Schwarzkreuz vor 600 Menschen den faschistischen Anschlag auf Dich enthüllt und wir werden am Freitag auf einem Fest der Roten Hilfe-Initiative neue Kämpfer für Deine Freilassung gewinnen.
...Genosse, Du bist Mitglied der KPD/ML. Wir haben volles Vertrauen darin, daß Du, das Vorbild des Genossen Ernst Aust vor Augen, dem Kapitalistenstaat und seiner Klassenjustiz den Prozeß machen wirst, wenn sie es wagen sollten, Dich vor die Schranken ihrer Gerichte zu zerren."

Genosse Wagner hat dieses Vertrauen gerechtfertigt. Selbstverständlich wird der Strafbefehl nicht hingenommen. Es ist bereits Einspruch erhoben. Bei dem Prozeß, der nun stattfinden muß, wird die Klassenjustiz die gleiche Niederlage hinnehmen müssen, wie bei ihrem Versuch, an Genossen Wagner zu proben, wie lange man heute – wie zu Beginn des Hitlerfaschismus, wie zur Zeit des KPD-Verbots – einen kommunistischen Arbeiter 'verschwinden' lassen kann, um ihn allein hinter den Mauern ihrer Gefängnisse fertigzumachen.



Am 14. September veranstaltete die 'KPD' in Hamburg eine Solidaritätskundgebung für die Kölner Fordarbeiter, u. a. rief sie dazu auf, Geld zur Unterstützung der Kölner Fordarbeiter zu spenden.

Die finanzielle und juristische Unterstützung der 500 entlassenen Kollegen bei Ford in ihrem Kampf zur Zurücknahme der Entlassungen und gegen drohende wirtschaftliche Not ist eine Aufgabe der Roten Hilfe. Die Rote Hilfe hat denn auch beschlossen, eine nationale Spendenkampagne durchzuführen. Wie die KPD durch den Aufbau einer 'eigenen' Roten Hilfe auf rechtsopportunistischer Grundlage die bestehende Rote Hilfe spaltet und schwächt, hat sie auch die Solidaritätsfront für die entlassenen Kölner Fordarbeiter gespalten.

Sie unterstützt nicht das Solidaritätskomitee der Kölner Fordarbeiter, sondern hat ein 'eigenes' Komitee gegründet.

Diese Tatsachen wurden von der Roten Hilfe Hamburg aufgedeckt und die Teilnehmer der 'KPD' Veranstaltung aufgefordert, das Solidaritätskomitee der Kölner Fordarbeiter durch Spenden zu unterstützen. Nach Beendigung der Veranstaltung verteilte die Rote Hilfe einen Aufruf an die Teilnehmer "Solidarität mit den Kölner Fordarbeitern."

Als die AO–Führer des gewahr wurden, schlugen sie den Rote Hilfe Genossen die Aufrufe aus der Hand und schrieen : "Das ist unsere Veranstaltung".

Sie waren wirklich sehr aufgeregt. Fürchten sie, daß ihre Mitglieder und Sympathisanten den Aufruf lesen? Durch solche Aktionen werden die AO–Führer nicht verhindern können, daß die Mitglieder des Spaltertum dieser Organisation in der gesamten Rote Hilfe Arbeit kennen und verurteilen lernen als Ausdruck einer durch und durch spalterischen, falschen Linie der 'KPD'.

Genossen der Roten Hilfe Hamburg

Werte Genossen!

Ich darf Euch vielmals um Übersendung von 1-3 Exemplaren des Extrablattes 'ROTER MORGEN' vom August 1973 bitten. Bin neulich an einer Anschlagtafel auf ein leider halbzerfetztes Exemplar der obigen Ausgabe gestoßen und solidarisiere mich als konsequenter Sozialist mit dem darin enthalten Inhalt zum Jahrestag des 13.August 1961. Eure Einschätzung trifft den Nagel genau auf den Kopf. Welch ein schlechter Sozialismus muß es doch sein, der eine Mauer erfoderlich macht, da sonst gemäß dem Genossen Lenin 'das Volk mit den Beinen abstimmen würde'. Ein Sozialismus der Herrschaft der Funtionäre und Apparatschiks, der Sonderprevilegien der Intelligenzler u.a. kleibürgerlicher Entartungen ist der schlimmste Revisionismus, da nicht eine Diktatür des Proletariats, sondern über das Proletariat. Das Zusammenspiel aller Imperialisten aller Coleuer ist gerade in Deutschland zu offensichtlich Auch für andere Materialien wäre ich Euch sehr dankbar.

Mit sozialistischem Gruß
Genosse M. aus Mannheim

BESTELLSCHEIN

HIERMIT BESTELLE ICH:
PROBENUMMER ☐
ABONNEMENT ☐
AB NUMMER ....

ROTER MORGEN

Bestellungen an:
87 Würzburg
Postfach 612

Der ROTE MORGEN erscheint wöchentlich und kostet pro Jahr (52 Ausgaben) einschließlich Porto DM 25,-. Dieser Betrag ist im Voraus auf das Postscheckkonto Essen Nr. 464 20 - 435 (G. Schubert) zu zahlen. Das Abonnement kann jederzeit gekündigt werden. Abonnements verlängern sich automatisch, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf der Frist gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

NAME, VORNAME ....
BERUF ....
POSTLEITZAHL' ORT ....
STRASSE ....
DATUM ....
UNTERSCHRIFT ....

KIEL: Strafanträge gegen fortschrittliche Studenten

Im ROTEN MORGEN Nr. 26/1973 berichtetet Ihr über eine Gala-Show der Reaktionäre an der Kieler Universität, die von 1200 fortschrittlichen und revolutionären Studenten auseindergejagt wurde. Damals schriebt Ihr:

Inzwischen sind bereits Starfanträge gegen den ASTA und fortschrittliche Studenten gestellt worden, das Landeskabinett berät 'weitere Konsequenzen gegen die Linksextremisten.'

Die angedeuteten Konsequenzen sind gezogen worden: Um den ASTA, der sich im Großen und Ganzen als wirkungsvolle Vertetung der fortschrittlichen Studenten erwiesen hat, das Wasser abzudrehen und ihn an seiner Arbeit zu hindern, hat das Kultusministerium beschlossen, die Studentenschaftsbeiträge nicht mehr einzuziehen. Bisher war es üblich, daß die Finanzorgane der Universität diesen Zwangsbeitrag erhoben; durch die plötzliche Weigerung seitens der Bürokratie sieht sich der ASTA vor kaumlösbare Probleme gestellt. Darauf spekulieren Rektor, Ku-Mi usw. Der KSB/ML wird alles tun, um diesen Anschlag ins Leere laufen zu lassen.

Und auch die Strafanträge sind inzwischen eingetroffen;12 " Angeklagte " werden der Volksverhetzung, Nötigung, Körperverletzung und des Landfriedensbruch bezichtigt. Volksverhetzung, weil sie es ' wagten ', den braunen Burschenschafts-, RCDS-, Militär- und Aufsichtsratklüngel (Weichmann) als VOLKSFEINDE und REAKTIONÄRE zu bezeichnen;

Nötigung, weil sie - gewitzt durch die Erfahrung aus anderen Universitäten, in denen Filmaufnahmen als 'Beweismaterial' verwandt wurden – das Filmen und Fotografieren nicht widerspruchslos hinnahmen;

Körperverletzung, weil sie als Schlägertrupps der Reaktionäre ein Handgemenge provozierten, sich zur Wehr setzten und einige der braunen Maffiosi vom Podium stiessen.

Der KSB/ML hat sich vorgenommen, den Prozeß, der etwa im Januar stattfinden wird, nach dem Beispiel, welches Genosse Ernst Aust in seinem Prozeß gab, zu einer Tribüne für kommunistische Propaganda zu machen. Über die Vorbereitungsarbeit, die in einem Komitee geleistet werden soll (welches sich später der ROTEN HILFE anschließt) werden wir noch ausführlich Berichte schicken.

"Das große Resultat des Hamburger Aufstandes ist, daß die Arbeiter den scheinbar unbesiegbaren Klassenfeind drei mal vierundzwanzig Stunden lang in seiner ganzen Schwäche gesehen haben. In den Hamburger Tagen haben die Arbeiter die Bourgeoisie am Rande des Abgrunds gesehen. Und sie werden diesen Anblick niemals vergessen! Wir gehen nicht einer Versumpfung, sondern neuen Kämpfen, wir gehen mit eherner Notwendigkeit in Deutschland der zweiten Revolution entgegen. Darum gehört der Hamburger Aufstand nicht der 'Geschichte' an, sondern er ist eine Probe für die Zukunft."

ERNST THÄLMANN



"Morgens um vier war Alarm"

Altgenosse W.H. ,94 Jahre alt, erinnert sich

Genosse W.H. ist mit seinen 94 Jahren sicherlich der älteste Roter Morgen-Abonnent. Wir besuchten ihn in seiner Wohnung in Hamburg-Duvenstedt. An der Wand ein Stalin-Bild, auf dem Tisch die neueste Ausgabe der Peking-Rundschau. Genosse W. lebt nicht in der Vergangenheit, er ist Kämpfer, ist Marxist-Leninist geblieben. Er erzählt:

"Morgens um 4 Uhr war Alarm. Alles blieb dunke. Ich war ja Pol-Leiter einer Straßenzelle in Barmbek und an der militärischen Planung nicht beteiligt. Aber bei mir waren Äxte und Pistolen gelagert. Die Wache am Markt war im Nu besetzt. Morgens wurden dann aus Baumstämmen und Gerümpel Barrikaden gebaut. Mein Junge, der morgens zur Veddel zur Arbeit gegangen war, hatte abends große Mühe, überhaupt noch nach Hause zu kommen. Ich mußte noch zum Stempeln – ganz zu Fuß zum Arbeitsamt in der Karolinenstraße in der Nähe. Die anderen hatten die Barrikaden schon besetzt. Überall war Polizei, es wurde geschossen. Auf dem Arbeitsamt standen natürlich große Gruppen herum. Plötzlich kam eine Truppe Polizisten mit gezogenen Säbeln drohend auf

nichts gemacht. Auf dem Rückweg wurden wir mehrfach von Polizei kontrolliert. Nebenan bei uns wohnte einer, der hieß Preuß. Er war Kurier und mußte den Kontakt mit der Leitung halten. Das konnte er nur zu Fuß. Wer mit dem Fahrrad fuhr, konnte leicht erschossen werden. Er mußte sich von Hauseingang zu Hauseingang schleichen. Nach dem Befehl, die Barrikaden unauffällig zu räumen, hat jeder seine Waffe mit nach Hause genommen. Einige haben dann noch von den Dächern weiter auf die Reichswehr geschossen.

Während der Kämpfe waren die Straßen menschenleer. Wer hinter der Barrikade hervorkam, wurde sofort beschossen.

In unserem Block wohnten viele SPD-Leute, viele davon im Reichsbanner. Verraten hat in der

Zeit keiner die Kämpter. Aber es gab viele Kommunistenhasser. Das Reichsbanner hatte ja aufgerufen, der Reichswehr und Polizei beizustehen, den Aufstand niederzuschlagen. 5 Mark sollte jeder pro Tag bekommen. Die wurden dann zu Hilfspolizisten ernannt und mit Polizeibefugnis ausgestattet. Wie viele sich da gemeldet haben, weiß ich nicht (Es waren ca. 700 – RM).

Den Verrat der SPD haben damals aber viele mitgekriegt und sind nach dem Aufstand ausgetreten und zur KPD gekommen. Wir haben nach dem Aufstand Flugblätter verteilt, um über die SPD aufzuklären. Die Reichsbanner-Leute haben sie zum Teil zerrissen und gesagt, niemand solle zum kommunistischen Schuster (Genosse W.H. war Schuhmacher – RM) was hinbringen. Die Leute sind aber doch gekommen.
Nach dem Aufstand nahm die Partei an Mitgliedern und Wählerstimmen zu. Das war auch auf Thälmann zurückzuführen."

Genosse W. fährt fort: "Die Situation war damals günstig für die Revolution. Das Elend war, daß Deutschland nach dem Krieg keine starke revolutionäre Partei hatte. **Eine revolutionäre Partei muß nicht nach der Anzahl der Mitglieder und Wählerstimmen gehen, sondern danach, ob es Mitglieder sind, auf die Verlaß ist. Die Oktoberkämpfer in Hamburg waren ehrliche Genossen."**

Es gab aber auch andere, Verräter, die heute ihren Platz in der D'K'P haben: "Ich kannte einen, Genossen, Gottlieb W. Nach 33 arbeitete er bei Heidenreich. Ich dachte, der kann bestimmt Flugblätter mit hinnehmen. Er war in Hamburg in der Parteileitung gewesen. Als ich mit den Flugblättern hinkam, sagte er zu mir: "Bist wohl verrückt geworden. Sieh zu, wo Du mit dem Schiet bleiben tust." Und wie der Krieg vorbei war, da war er auf einmal oben in der Leitung der Reimann-Partei. Da hatte er sich wieder reingeschlichen." Verräter sieht Genosse W. aber nicht nur in der D'K'P: "Die Russen gehen heute mit den Amerikanern durch dick und dünn. Die nennen sich aber Marxisten-Leninisten und bauen Marx-Engels-Denkmäler."

Den Verrätern in der D'K'P paßt es natürlich nicht, wenn alte Kämpfer der Jugend ihre Erfahrungen mitteilen. Das erlebten auch wir. Die Söhne des Genossen sind bei der D'K'P. Einer von ihnen versuchte uns anfangs von dem Gespräch abzuhalten. "Er ist ja schon so alt" –meinte er.

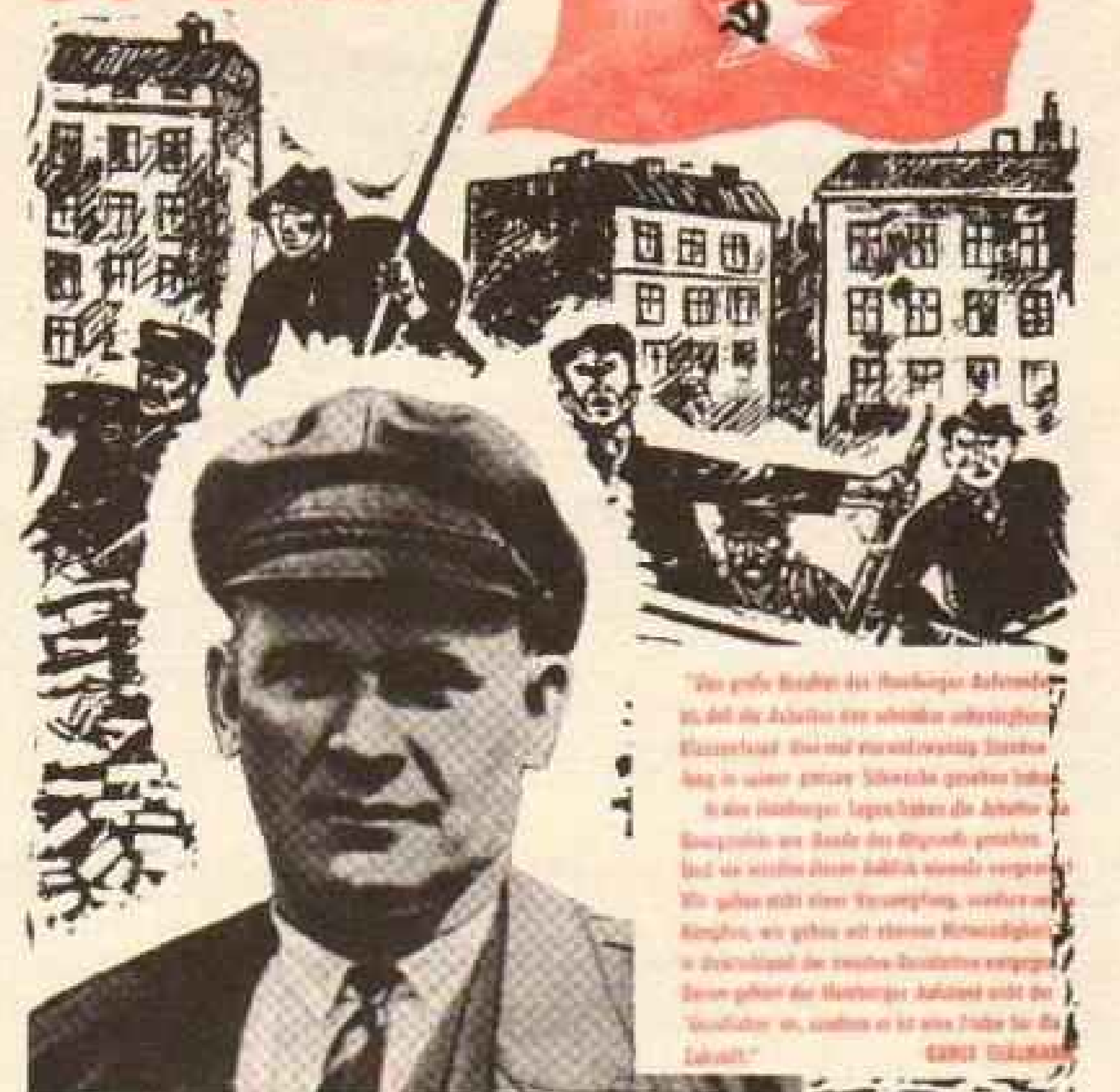
Alt? Allerdings. Ein alter erprobter Kämpfer. Das zeigten auch seine Abschiedsworte: "Mao Tsetung sagt, wer die Revolution machen will, braucht eine revolutionäre Theorie. Diese Theorie muß man zur rechten Zeit praktizieren. Eine Partei bleibt nur revolutionär, wenn sie die revolutionäre Theorie ständig praktiziert."

HAMBURG:
Demonstration am 23.10. um 18 Uhr
Hamburg Barmbek U-Bahn Borgweg
Kundgebung um 19.15 Uhr in der Jarrestr.
Es spricht E.Aust, Vorsitzender der KPD/ML.
Veranstaltung am 23.10. um 20 Uhr
Gaststätte 'Jarrestadt', Jarrestr.
Es spricht E.Aust. Es wird der Film gezeigt:
Ernst Thälmann, Sohn seiner Klasse.

DORTMUND:
Veranstaltung am 19.10. um 19 Uhr
Gaststätte 'Concordia'
Oesterholzstraße

HAMBURG:
Veranstaltung der Roten Garde am 24.10. um 19 Uhr

LÜBECK:
Am 26.10. um 19 Uhr
Albanienabend mit Diavortrag und Berichten
Gaststätte Niedler, Marlesgrube



BESTELLUNGEN an:
Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftl. Sozialismus
2 Hamburg 11, Postfach 11 16 49, Tel: 040 / 4 10 17 36
Postscheckkonto Hamburg Nr. 1935 72–207. Preis: 1 DM.